



183. Sitzung, Montag, 4. Juli 2022, 08:15 Uhr

Vorsitz: *Esther Guyer (Grüne, Zürich)*

Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen 2**
 - Antworten auf Anfragen
 - Ratsprotokolle zur Einsichtnahme
 - Zuweisung von neuen Vorlagen
- 2. Rückzahlung von zu viel bezahlten Kosten aufgrund eines
Verwaltungsgerichtsentscheids gestützt auf das Gesetz über
die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge 3**
 - Dringliches Postulat Christian Müller (FDP, Steinmaur), Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil) vom 30. Mai 2022
 - KR-Nr. 175/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung
- 3. Kein Verzicht auf Schulnoten 3**
 - Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 3. Mai 2022 zur parlamentarischen Initiative Astrid Furrer
 - KR-Nr. 69/2020
- 4. Eigentümerstrategie für die ZFH..... 34**
 - Motion Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) vom 11. Januar 2021
 - KR-Nr. 4/2021, Entgegennahme, Diskussion
- 5. Mensen..... 40**
 - Postulat Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau), Nicola Siegrist (SP, Zürich), Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim) vom 29. März 2021
 - KR-Nr. 92/2021, Entgegennahme, Diskussion
- 6. Mehr Studienplätze für Humanmedizin in Zürich 48**

Motion Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), Bettina Balmer-Schiltknecht (FDP, Zürich), Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), Esther Straub (SP, Zürich), Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa) vom 29. März 2021

KR-Nr. 125/2021, RRB-Nr. 689/23. Juni 2021 (Stellungnahme)

7. **Verschiedenes** **63**

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Rücktrittserklärungen

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

Rückzug

1. **Mitteilungen**

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wir kommen zur Geschäftsliste. Traktandum 9 der heutigen Geschäftsliste, Kantonsratsnummer 150/2021, ist zurückgezogen. Wünschen Sie weiter das Wort zur Geschäftsliste? Das ist nicht der Fall. Dann fahren wir fort wie vorgesehen.

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf vier Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 105/2022, Auftrags- und Vergabewesen USZ: freihändige Vergaben 2020 und 2021 – Bitte um vollständige Beantwortung von KR-Nr. 5/2022 und Angabe der Beträge
Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht)
- KR-Nr. 108/2022, Gas-Mangellage
Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Marc Bourgeois (FDP, Zürich)
- KR-Nr. 129/2022, Amphibien- und Artenmonitoring solange wir diese Lebewesen noch haben
Wilma Willi (Grüne, Stadel), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach), David John Galeuchet (Grüne, Bülach)
- KR-Nr. 130/2022, Hoher Wellenschlag und Tempo 30 auf dem Zürichsee

*Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach),
Edith Häusler (Grüne, Kilchberg)*

Ratsprotokolle zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist einsehbar:

- Protokoll der 180. Sitzung vom 13. Juni 2022, 8.15 Uhr
- Protokoll der 181. Sitzung vom 20. Juni 2022, 8.15 Uhr

Zuweisung von neuen Vorlagen

Zuweisung an die Geschäftsleitung:

- **Regierungsbeteiligung an Kommissionssitzungen**
Parlamentarische Initiative KR-Nr. 120/2022
- **Begrenzung der Maximalvergütung in der ZKB**
Parlamentarische Initiative KR-Nr. 180/2022

2. Rückzahlung von zu viel bezahlten Kosten aufgrund eines Verwaltungsgerichtsentscheids gestützt auf das Gesetz über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge

Dringliches Postulat Christian Müller (FDP, Steinmaur), Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil) vom 30. Mai 2022

KR-Nr. 175/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat entgegenzunehmen. Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden.

Wird ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall.

Das dringliche Postulat KR-Nr. 175/2022 ist überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Kein Verzicht auf Schulnoten

Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 3. Mai 2022 zur parlamentarischen Initiative Astrid Furrer

KR-Nr. 69/2020

Ratspräsidentin Esther Guyer: Mit dem Kantonsratsversand vom 1. Juni haben Sie dazu noch den Antrag von Kathrin Wydler erhalten.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Notenzeugnis, Beurteilung Prüfungen: Nicht nur meine Schülerinnen und Schüler sehen manchmal rot, wenn ich diese Wörter in den Mund nehme. Auch in der KBIK wurde heftig und leidenschaftlich darüber diskutiert, wie in der Volksschule beurteilt und bewertet werden sollte. Es wurden Stellungnahmen eingeholt von Arbeitgeberverbänden, Handelskammer, ZLV (*Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband*) und Sek Zürich, Schulpräsidien, Elternorganisationen, KMU- und Gewerbeverband, VPOD (*Verband des Personals öffentlicher Dienste*), von der Fachstelle für Schulbeurteilung, der PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) und von Professor Oelkers (*Jürgen Oelkers, Erziehungswissenschaftler*). Passend zum Zeugnisternin von nächster Woche kommt nun die PI in den Rat, die perfekte Dramaturgie.

Für die Regierung war der Fall klar: Der Bildungsrat ist für das Beurteilungssystem zuständig. Dieser wolle am gegebenen Notensystem festhalten, was der Bildungsrat selber auch durch ein Schreiben an die KBIK bestätigte. Es brauche diese PI also gar nicht. Deshalb sprechen sich die Regierung und eine KBIK-Minderheit gegen die PI aus.

Auch die KBIK-Mehrheit will die Kompetenzordnung nicht grundsätzlich ändern. Weil aber, wie der Bildungsrat auch bestätigte, wegen dem Lehrplan 21 Vorbereitungen laufen, das Bewertungssystem anzupassen, will die KBIK Klarheit schaffen. Wenn in einem Fach die Leistung beurteilt wird, soll dies ab der zweiten Primarklasse im Zeugnis mit Noten geschehen. Eine Weiterentwicklung des Beurteilungssystems, vor allem auch während dem Semester, soll durch die PI nicht grundsätzlich verunmöglicht werden. Auch können für Lernentwicklung und Verhalten gut andere Beurteilungen als Noten herbeigezogen werden, zum Beispiel eine schriftliche Beurteilung als Text, ein Wortzeugnis oder ein Smiley, ein Ampelsystem, eine Beobachtung über den individuellen Lernfortschritt der einzelnen Schülerin, des einzelnen Schülers. Die KBIK-Mehrheit will mit dieser PI den Status quo bei den Zeugnissen zementieren. Es gab in der Kommission diverse Hinweise, dass die Entwicklung in vielen Schulen eben auf eine Schule ohne Noten zusteure, dass ein Teil der Lehrerschaft, des Schulumfelds auf eine starke Veränderung des heutigen Bewertungssystems hinarbeite. Eine Arbeitsgruppe, welche die Beurteilung auf den Lehrplan 21 anpassen sollte, will ihre Arbeit erst wieder aufnehmen, wenn Klarheit darüber herrscht, was der Kantonsrat mit dieser PI will. Die KBIK-Mehrheit traut der Sache nicht. Sie will mit dieser PI verhindern, dass Zeugnisse

oder Zeugnisnoten abgeschafft oder verwässert werden. Sie ist überzeugt, dass deshalb eine gesetzliche Klarstellung nötig und nicht hindernd ist für eine massvolle Entwicklung.

Die Minderheit wiederum will keine Gesetzesänderung nur auf Verdacht hin. Sie vertraut dem Versprechen des Bildungsrates, an den Noten festhalten zu wollen.

Der ursprüngliche Text der PI Furrer wurde geändert. Er ist nun weniger absolut und klar formuliert und beschränkt sich auf die Noten im Zeugnis. Zuhanden des Protokolls möchte ich nochmals klarstellen, was mit dem Gesetzestext gemeint ist, wie er umgesetzt werden soll:

Der Bildungsrat legt wie bisher fest, in welchen Fächern die Leistung im Semesterzeugnis beurteilt wird. Diese Leistungsbeurteilung muss laut PI neu nach Volksschulgesetz Paragraf 31 durch Noten erfolgen. In der ersten Klasse der Primarschule, das heisst, bis und mit erster Klasse und bei sonderpädagogischen Massnahmen kann wie bisher davon abgewichen werden. Die PI soll also den Status quo punkto Zeugnisnoten zementieren. Mit Annahme der PI verändert sich eigentlich gar nichts.

Zum Antrag der Mitte: Über diesen wurde in der Kommission zwar nicht abgestimmt, weil er nicht vorlag, aber gesprochen haben wir darüber. Es ist wohl eine Auslegungssache, was «bis zur ersten Klasse» juristisch bedeutet. Ich kenne das als Lehrer. Wenn ich zu den Hausaufgaben sage, ihr löst bis Aufgabe 15, dann fragt sicher ein Schlaumeier, ob er jetzt Aufgabe 15 auch lösen müsse. In der Kommission wurde klar, dass alle bis und mit erster Klasse eine Ausnahme wollen, so wie es jetzt Sache ist.

Die KBIK-Mehrheit empfiehlt also die Zustimmung zur von ihr geänderten PI.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): «Halten Sie als Eltern Noten für wichtig und notwendig?» Diese Frage hat der kantonale Verband der Elterngremien letztes Jahr den Eltern gestellt. Die Antwort: 70 Prozent der Eltern halten Schulnoten für wichtig und notwendig oder eher wichtig und notwendig. Nur 27 Prozent der Eltern halten Schulnoten für nicht oder eher nicht wichtig und notwendig. Ein Zitat aus dem Bericht: Würden die Jugendlichen bereits während der ganzen Schulzeit lernen, mit negativen Rückmeldungen umzugehen, sei dies hilfreich für den Übergang in das Erwerbsleben und würde die Schülerinnen und Schüler motivieren, die Lernziele zu erreichen. So weit, so klar.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat uns gelehrt, dass sich das pädagogische Umfeld durch eine hohe Eigendynamik auszeichnet, die

gerne an gesetzlichen Vorgaben vorbeischrämmt. Dabei wird diese «Reformitis» ausnahmsweise nicht von der Politik betrieben, sondern von Pädagogischen Hochschulen oder akademischen Stellen an Hochschulen, meist ohne entsprechenden Auftrag. Oft scheint es, als müssten gewisse Personen ihrem Wirken durch immer neue Reformen einen Sinn geben. So wurden in den letzten Jahren vermehrt Fälle bekannt, bei denen Lehrpersonen beispielsweise über das Schulprogramm unter sagt wurde, während des Semesters Noten zu erteilen. Einige wurden gegen ihren Willen und entgegen der Methodenfreiheit gezwungen, mit Farben und Symbolen zu bewerten.

82 Prozent der Eltern verstehen gemäss der einleitend erwähnten Umfrage heute noch, wie die Zeugnisnoten des Kindes zustande gekommen sind. Wie viele werden es sein, wenn zwischen den Semesterzeugnissen nur noch mit Farben und Symbolen beurteilt wird? Hitzige Diskussionen beim Stufenübertritt sind vorprogrammiert. Dazu wieder die Eltern: Alternative Systeme, wie Daumen hoch, runter, Symbole, Farben und so weiter, würden nur verunsichern.

Die vorliegende PI will diesem generellen Druck auf die Schulnoten präventiv entgegenwirken. Wenigstens die Zeugnisnoten wollen wir klar im Gesetz festhalten. Wir sind dabei nicht der Ansicht, dass dies ein Bereich ist, der nur durch ein Fachgremium, wie den Bildungsrat, entschieden werden soll. Denn offensichtlich sind Schulnoten – wie auch Hausaufgaben übrigens – ein Bereich, der interessiert und bewegt, sonst würden die kantonalen Elternorganisationen keine entsprechenden Umfragen starten. Überlassen wir das Thema dem Bildungsrat, dann dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis sich dieser dem pädagogischen Zeitgeist beugt und Zeugnisnoten heimlich, still und leise abschafft.

Die FDP will, dass an den heutigen Zeugnisnoten festgehalten wird, und verbindet diese Forderung mit der Erwartung, dass diese Zeugnisnoten in einer für Kinder und Eltern nachvollziehbaren Weise zustande kommen. Farben und lustige Symbole eignen sich hierfür kaum. Wir haben in der Kommission den ursprünglichen Text leicht geschärft und unterstützen auch den Antrag der Mitte, um klarzustellen, dass wir bis und mit erster Klasse eine Ausnahme von dieser Regelung sehen. Besten Dank für ihre Unterstützung.

Monika Wicki (SP, Zürich): Mit der parlamentarischen Initiative «Kein Verzicht auf Schulnoten» haben bürgerliche Parteien einmal mehr gezeigt, was es heisst, vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr zu sehen

und ohne sich umzuschauen, fast Hals über Kopf, einen Vorstoss einzureichen. Die PI forderte, dass Beurteilung in der Schule künftig nur noch mit Noten erfolgen soll. Wie sind Sie dazu gekommen? Die Bildungsdirektion hat in ihren Entwicklungszielen festgehalten, dass sie die kompetenzorientierte Beurteilung einführen will. Es geht um Beurteilung und Kompetenzen, Sie haben es vorher schon gehört, wobei von Kompetenzen bislang noch wenig die Rede war.

Nun, um zu verstehen, worum es eigentlich wirklich geht, erlauben Sie mir ein paar Worte: Der Lehrplan 21 ist kompetenzorientiert, das heisst, die Lehrpersonen unterrichten nicht nur Wissen, sie unterstützen auch die Aneignungs-, Lern- und Problemlösungsprozesse der Schülerinnen und Schüler. Mit einer kompetenzorientierten Beurteilung sollen auch diese Prozesse beurteilt werden und nicht nur Wissen der Schülerinnen und Schüler am Ende des Prozesses abgefragt werden.

Das Beurteilen kann formativ oder summativ verfolgen. Bei einer formativen Beurteilung wird ein förderorientiertes Gespräch geführt, ein Feedback von der Lehrperson oder auch von Peers gegeben bezüglich dieser Prozesse. So wird eine Schülerin, ein Schüler direkt durch die Beurteilung gefördert – nicht nur beurteilt. Bei einer summativen Beurteilung wird dann anhand von vorgegebenen transparent vorliegenden Beurteilungskriterien – das müssen nicht immer Noten sein – eine Leistung gemessen und dokumentiert. Das kann eine Punktedotierung sein, die dann in Noten überführt wird. Gestatten Sie mir also eine etwas platte Aussage: In der Schule wurde noch nie nur mit Noten beurteilt. Die Initianten befürchten also, wenn man ihr Anliegen übersetzt, das künftig in der Schule nur noch formativ beurteilt würde, und dass wollen sie verhindern. Wir haben es gehört, das steht auch im Volksschulgesetz: Die Zuständigkeit für die Regelung der Beurteilung liegt beim Bildungsrat und dessen Mitgliedern, die vom Kantonsrat notabene gewählt sind. Also wir haben hier schon mitzureden.

Mit der PI greifen die Initianten in die Zuständigkeit des Bildungsrates ein. Sie schlagen konkret den Sack und meinen den Esel, letztlich hätten sie ja das Bildungsgesetz an einem anderen Ort ändern müssen. Gemäss der PI müsste also die Beurteilung in Form von Noten geschehen. Sie sehen den Unsinn: Auch ein mündliches Feedback ist eine Art der Beurteilung, ein Lob, ein Lächeln, ein Stirnrunzeln, und Kindergartenkinder will man ja sowieso nicht benoten. Das haben die Initianten ja dann auch eingesehen in der Kommission. Und zudem haben weder der Bildungsrat noch die Bildungsdirektion im Sinn, die Noten abzuschaffen, und das haben sie auch gegenüber der Kommission deutlich und schrift-

lich geäußert. Anstatt ihre eigene PI, weil unsinnig und unnötig, abzulehnen, haben sich die Initianten dann aufgemacht, dem steinigen Weg zu folgen, ein von hinten aufgezümmtes Pferd zu führen – das Resultat sehen Sie hier vorliegend. Wer lesen und vergleichen kann, sieht, dass der Gegenvorschlag ungefähr das, was heute im Gesetz festgeschrieben ist, festschreiben will, was bereits gelebt wird und auch im Gesetz schon festgehalten ist. Die Präzisierung der Mitte ist eine Präzisierung, damit dann auch wirklich das festgeschrieben wird, was bereits gelebt wird, und dasteht. So etwas nenne ich den Amtsschimmel reiten oder auch Wasser den Bach hinuntertragen, der Berner würde sagen «die Katz gestrohhälmlät».

Die SP hat sich für die Einführung des Lehrplans 21 eingesetzt und damit die Einführung der Orientierung des Lehrplans an Kompetenzen. Dass dazu eine kompetenzorientierte Beurteilung gehört, ist einfach nur logisch, und wir bitten die Bildungsdirektion, an ihrem Entwicklungsziel festzuhalten und auch endlich Schritte dahingehend zu unternehmen, damit die Schülerinnen und Schüler in ihren Lernprozessen adäquat unterstützt werden können. Ziel ist es, dass Schülerinnen und Schüler optimal gefördert werden. Es ist Sache des Bildungsrates, über Form und Inhalt der Beurteilung zu entscheiden. Das steht nach wie vor im Gesetz und daran halten wir fest. Es wäre sinnvoller, konkrete Massnahmen in die Wege zu leiten, um ausreichend ausgebildete Lehrpersonen der Praxis zur Verfügung zu stellen. Auf jeden Fall: Wer hier im Rat bildungspolitisch fortschrittlich denken kann, ist gefordert, sowohl die PI als auch den Gegenvorschlag und die Präzisierung abzulehnen. Vielen Dank.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Es sieht ganz danach aus, dass wir heute dem Bildungsrat in die Suppe spucken. Die Kommissionsmehrheit wird sich heute mit einer komfortablen Mehrheit durchsetzen und damit die Beurteilung durch Notengebung erstmals gesetzlich verankern. Bis anhin lag die Zuständigkeit für die Regelung von Inhalt und Form der Beurteilung ganz klar beim Bildungsrat, dem Fachgremium für die Entwicklung des Bildungswesens im Kanton Zürich.

Für die Alternative Liste ist die Zuständigkeit für die Festlegung des Beurteilungssystems in unserem Bildungswesen in den Händen eines breit abgestützten und vom Kantonsrat gewählten Fachgremiums besser aufgehoben als in einem politisch zusammengesetzten Gremium. Es gibt so viele Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die schlechte Erfahrungen mit dem Schulsystem gemacht haben und meinen, ihre Erfahrungen

seien das Mass der Dinge. Ich spreche diesen Kantonsrätinnen und Kantonsräten ihre schlechten Erfahrungen nicht ab, aber eine gute Basis für weise Entscheide sind Sie nicht.

Der Bildungsrat feiert in diesem Jahr sein 190-jähriges Bestehen. Das Fachgremium geht auf den Erziehungsrat zurück, der in der Helvetik eingeführt worden war und das Bildungswesen in der Schweiz massiv umkremelte. Der Staat übernahm damals das Bildungswesen. Er löste die Kirchen und religiösen Einrichtungen ab und war fortan für das Bildungswesen in der Schweiz zuständig. Der Bildungsrat ist als gewähltes Fachgremium für die Strategie des Bildungssystems im Kanton Zürich zuständig. Wenn sich nun der Kantonsrat ein Filetstück nach dem anderen aus dem Kuchen des Bildungsrates schneidet und sich einverleibt – dies wurde bereits angekündigt –, dann wird das Bildungswesen zunehmend verpolitisiert. Damit rühren künftig unterschiedliche Köche und Köchinnen im Bildungstopf. Das Chaos ist vorprogrammiert, die Bildung wird noch mehr verpolitisiert. Eine Weiterentwicklung des Bildungssystems und die Einführung neuer Beurteilungssysteme werden blockiert.

Die Alternative Liste will kein eingefrorenes, rückwärtsgewandtes Bildungssystem, das sich nicht mehr weiterentwickeln kann. Wir lehnen darum die geänderte PI ab.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Wir Grünen haben uns bereits gegen die PI Furrer ausgesprochen, Sie mögen sich vielleicht noch an das sehr fundierte Votum von Nora Bussmann (*Altkantonsrätin*) erinnern. Selbstverständlich haben wir auch für die geänderte PI Furrer nichts übrig. Die Debatte heute erachten wir als etwas scheinheilig, aber sie hat doch auch gewisse weitreichende Folgen.

Wir haben es bereits gehört, die bürgerliche Kantonsratsmehrheit zementiert heute den Status quo bei der Beurteilung von Schülerinnen und Schülern. Sie ändert weder etwas an der Form noch am Inhalt der Beurteilung, aber sie erobert sich die Definitionsmacht dazu zurück. Sie schwächt damit den Bildungsrat, dem das Zürcher Stimmvolk 2005 mit der Annahme des Volksschulgesetzes eben gerade auch in dieser Frage das Vertrauen ausgesprochen hat.

Mit der heutigen Gesetzesanpassung sichert sich die bürgerliche Kantonsratsmehrheit ihre Mittelschichtsprivilegien. Warum? Gemäss verschiedenen Forschungsstudien werden Arbeiterkinder bei gleichen Kompetenzen deutlich strenger beurteilt als Kinder aus der Mittelschicht. In der Konsequenz führt dies zum Beispiel gemäss der ETH-

Intelligenzforscherin Elisabeth Stern dazu, dass, gemessen an ihren Intelligenzquotienten, heute bis zu einem Drittel aller Gymnasiastinnen und Gymnasiasten gar nicht für ein Gymnasium geeignet sind und umgekehrt aber bis zu 10 Prozent der Jugendlichen ein Gymnasium nicht besuchen, obwohl sie gemäss ihrem IQ dafür geeignet wären. Der Bildungserfolg ist bei uns weit weniger das Ergebnis von individuellen Fähigkeiten und Fleiss, sondern vor allem ein Produkt von Zufällen und Privilegien. Das verschweigt die bürgerliche Mehrheit heute geflissentlich.

Sie verschweigen weiter auch, dass die problematischen Seiten der Notengebung eben nicht erst mit dem Lehrplan 21, sondern schon seit Jahrzehnten allseits bekannt sind. Die meisten Kantone haben deshalb schon seit längerem ihre Beurteilungsverfahren angepasst. In den meisten Kantonen werden die Schülerinnen und Schüler später als bei uns ausschliesslich mit Noten beurteilt. Mit ihrem heutigen Entscheid zementieren SVP, FDP, GLP und die Mitte mit Verweis auf die Tradition von Noten auch hier diese Rückständigkeit des Kantons Zürich. Wo bleibt da die GLP mit ihrer für die Regierungsratswahlen versprochenen modernen Bildungspolitik?

Was mindestens SVP, FDP und GLP auch verschweigen: Jahr für Jahr macht uns die Fachstelle für Schulbeurteilung Rückmeldung zur Qualität unserer Schulen. Keine einzige Schule in unserem Kanton kann sich mit einer exzellenten Schülerbeurteilungspraxis hervortun. Weniger als 20 Prozent verfügen über eine fortgeschrittene und nur ganze 80 Prozent der Schulen über eine funktionsfähige Praxis. Eine solche kritische Feststellung müssten wir eigentlich zum Anlass nehmen, um zur Verbesserung der Beurteilungspraxis beizutragen. Aber nein, auch diesem Optimierungspotenzial verschliessen sich SVP, FDP und GLP heute. In jeder Budgetdebatte ziehen sie es vor, ausgerechnet der Fachstelle für Schulbeurteilung ihre Ressourcen zu kappen.

Scheinheilig – und das ist eigentlich das, was mich persönlich am meisten ärgert –, scheinheilig zeigt sich auch die Arbeitgeberseite. Sie hat sich in unserer Anhörung für die PI Furrer ausgesprochen. Aber ausgerechnet die Arbeitgeber, die Firmen vertrauen den Noten nämlich schon ganz lange nicht mehr. Sie haben Basic Checks eingeführt, Sie haben Multichecks eingeführt. Sie führen in den Firmen firmeneigenen Tests und Assessments durch, um zu überprüfen, ob die Schülerinnen und Schüler tatsächlich die Voraussetzungen für die gewünschten Berufslernen mitbringen. Von Vertrauen in die Noten sehen wir hier eigentlich schon lange gar nichts mehr.

Ich habe es bereits gesagt, wir werden auch die geänderte PI nicht unterstützen. Wir Grüne möchten, dass der Bildungsrat weiterhin für Form und Inhalt der schriftlichen Beurteilung zuständig bleibt. Wir Grünen wollen auch, dass die Kompetenzorientierung in der Beurteilung ihren Niederschlag findet, so wie es der Zürcher Regierungsrat in seinen Legislaturzielen für 2019 bis 2023 vorgesehen hat. Und wir Grünen wollen auch, dass die Schulen ihre Beurteilungspraxis weiter professionalisieren und die Notengebung im Minimum durch weitere Beurteilungsfahren ergänzt wird. Ziel muss sein, fairere Bildungschancen zu erreichen. Die heutigen Mittelschichtsprivilegien sind einer modernen und weltoffenen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft schlicht und einfach unwürdig.

Abschliessend möchten wir Ihnen doch sehr ans Herz legen, heute mindestens den Antrag der Mitte zu unterstützen. Eigentlich schade, dass die Mitte so spät zu diesem Antrag gefunden hat, er stand in der Kommission auch zur Diskussion. Wir haben auch in einer Konsultativabstimmung darüber abgestimmt. Dannzumal fand diese Forderung leider noch keine Mehrheit. Ich hoffe, Sie stimmen diesem Antrag der Mitte zu. Wir können es nicht tun, weil wir auch die geänderte PI Furrer entschieden ablehnen. Besten Dank.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Der Mitte ist es wichtig, dass weiterhin ab der zweiten Klasse in der Volksschule in den Semesterzeugnissen Noten gegeben werden. Deshalb sind wir auch bereit, in die Kompetenzen des Bildungsrates einzugreifen und dies im Gesetz zu verankern. Wir wollen beim heutigen Usus bleiben. So werden die Kinder langsam in die Notengebung eingeführt, denn Benotungen werden Sie auch weiter im Leben begleiten, sei es in der Ausbildung oder im Berufsleben. Bezüglich der Beurteilung sind sich im Moment auch Lehrpersonen und Experten nicht einig, und wir möchten keine Experimente. Wenn wir auf Noten verzichten, wird die Wirtschaft vermehrt mit zusätzlichen Tests, wie zum Beispiel dem Multicheck arbeiten. Sollte aber das Ziel nicht eher sein, dass die Zeugnisse genügend aussagekräftig sind, damit die Lehrbetriebe nicht auf weitere Tests ausweichen? Damit würden wir unsere Schülerinnen und Schüler sicherlich mehr entlasten.

Die Lehrpersonen sollen während dem Schuljahr mit ihrem eigenen Beurteilungssystem arbeiten können, wie es viele schon heute machen. Die Methodenfreiheit der Lehrperson soll weiterhin gewährleistet werden. Die schlussendlich ins Zeugnis gesetzte Note soll aber für die Schülerinnen und Schüler wie auch für die Eltern nachvollziehbar sein.

Es ist klar, dass Noten immer auch gefärbt durch die Lehrperson oder die Schule sein können. Genauso kann dies aber auch bei einem Lernbericht der Fall sein. Noten schaffen aber eine einfache Orientierung und ein einheitliches Verständnis für alle Beteiligten. Zudem können Noten durchaus auch anspornen und motivieren. Diese PI soll die Weiterentwicklung in der Schule nicht behindern. So können wir uns auch gut vorstellen, dass die Benotung im Semesterzeugnis mit einem individuellen Lernbericht ergänzt wird, wie es in anderen Kantonen gemacht wird. Darin kann auch auf die überfachlichen Kompetenzen eingegangen werden, welche genauso wichtig sind. Lernberichte müssen aber klar einen Mehrwert bringen, denn sie sind sehr arbeitsintensiv für die Lehrpersonen.

Beim von uns gestellten Einzelantrag geht es lediglich um eine Präzisierung, da die Formulierung der KBIK unklar ist. Bis zur ersten Klasse lässt den Interpretationsspielraum zu, dass schon in der ersten Klasse Noten gegeben werden müssen. Damit die Gesetzgebung klar formuliert ist, soll der Ansatz darum entsprechend ergänzt werden.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Wir haben diese PI ursprünglich vorläufig unterstützt, weil wir eine Auslegeordnung zur Frage der Strategie bezüglich Notengebung in der Volksschule wollten. Der Bildungsrat, in dessen Zuständigkeit diese Frage fällt, hat in seiner Stellungnahme auf die Rückfrage der KBIK klar festgehalten, dass es dem Bildungsrat im Rahmen der Anpassung der Zeugnisse an den Lehrplan 21 fernliege, die Noten im Zeugnis abzuschaffen. Diese Haltung wird auch vom Regierungsrat bestätigt. Für die EVP ist es daher klar: Die Diskussion ist erfolgt, die Antwort ist eindeutig und es ist nicht zielführend, Kompetenzen vom Bildungsrat zum Kantonsrat zu verschieben. Die EVP lehnt daher diese PI ab.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Es sind nicht schlechte Erfahrungen, wie das hier jemand sagte, sondern positive Erfahrungen, gute Erfahrungen mit Noten. Noten funktionieren, sie funktionieren auch in der Kompetenzbeurteilung. Noten sind auch gerecht. Sie können sogar motivieren. Noten sind bewährt gegen aussen und zum Quervergleich. Trotzdem benötigt es jetzt einen Schuss vor den Bug, denn Noten sind auch selektiv. Sie sind ein unangenehmer Leisten, der aufgezogen ist, Noten, die man erreichen muss, Noten, die nötig sind zum Beispiel für die Promotion, für das Erreichen einer bestimmten nächsten Anschlusslösung in der Schule. Mit Noten kann man gemessen werden. Schon lange ist es deshalb ein Anliegen der ganz linken Bildungspolitik, und

im VPOD-Magazin lesen wir das schon lange, die Noten abzuschaffen, diesen unangenehmen Leisten abzuschaffen. Jüngstens, seit im Lehrplan 21 die Kompetenzorientierung drin ist und Kompetenzen, nicht mehr Lernziele, erreicht werden müssen, wird im Fachartikel diese Kompetenzorientierung herangezogen – von einigen Leuten, nicht von allen –, um zu sagen, da genügten Noten nicht mehr, mit Noten könne man Kompetenzen nicht beurteilen. Und die Diskussion ist aufgeflammt, wie wir das auch durch Rückmeldungen an die KBIK im Hinblick auf diese Motion wissen und auch schon vorher im Fachartikel lesen konnten. Es ist eine Diskussion. Und gleichzeitig gibt es in den Schulzimmern, während des Semesters wohl gemerkt, nicht zum Semesterende, verschiedene Versuche, bei denen gar nicht mehr mit Noten beurteilt wird, sondern, wie wir gehört haben, mit Symbolen, mit Farben. Und tatsächlich, wenn das in einem Schulhausteam vereinbart wird, dann müssen sich die Lehrpersonen daran halten. Und wenn dann die gleichen Leute noch sagen, es sei schade, dass man am Schluss vom Semester trotzdem noch Noten geben muss, dann zeigt das die Tendenz, in die es gehen kann, und da braucht es einen deutlichen Schuss vor den Bug. Wir müssen die Beurteilung, die Leistungsbeurteilung mit Noten in das Gesetz schreiben, um das Ende der Diskussion oder die Grenzen der Diskussion klar aufzuzeigen. Wenn Ende Semester Noten nötig sind, müssen diese Noten auch begründet werden. Und es ist schwierig, nur aus Farben heraus und aus Symbolen heraus am Schluss eine Zahl zu begründen. Es impliziert also auch tatsächlich – hoffentlich –, dass dann auch während des Semesters die eine oder andere Leistung benotet wird und in das Zeugnis hineinfließt. Aber für den Verlauf des Semesters wollen wir das nicht ins Gesetz schreiben, das geht nun tatsächlich in die Kompetenz des Bildungsrates. Dem Antrag Wydler stimmen wir zu. Das ist eine Sache der Redaktionskommission, wie man das genau formuliert. Wir haben da nur um die Formulierung und nicht um den Inhalt gerungen.

Noch eine Sache, ob die Noten nun ungerecht sind oder nicht: Sie haben oftmals zu hohe Ansprüche an die Noten. Es gibt verschiedene Beurteilungen, wir haben es schon gehört: summativ und formativ. Die Note kann die formative Beurteilung nicht erfüllen, bei der man das Kind an sich selbst misst: Hast du die Lernziele erhöht? Kannst du mehr als vor einem Semester? Hast du deine eigenen Ziele erreicht? Bist du in deiner Lernentwicklung auf Kurs oder nicht, und wie kann ich dich fördern? Das erfüllen Noten in diesem Sinne nicht, das ist aber auch nicht der Anspruch an die Noten, dazu gibt es andere Instrumente. Auch die prognostische Beurteilung erfüllen Noten nicht: Wohin geht es in Zukunft

mit dir? Wie entwickelst du dich noch? Bist du jetzt gehemmt und blühst du auf in Zukunft? Welches Potenzial hast du? Die Note zeigt die Leistung, die jetzt gemessen wurde, und nicht das Potenzial der Zukunft. Und auch das Verhalten zeigt die Note nicht, ob jemand aufpasst im Unterricht, ob jemand die Hausaufgaben macht. Nein, es kann jemand gute Noten machen, auch ohne die Hausaufgaben zu machen, wenn er oder sie ein cleveres Köpfchen ist, auch das zeigt die Note nicht. Und es gibt Leute, die meinen, das müsse man alles vermischen in dieser Zahl. Nein, die Note ist nur die summative Beurteilung und schlussendlich entscheidet ja dann eine Gesamtbeurteilung, wovon die Note ein Element ist und zu der ein Gespräch stattfindet, ob ein Kind zum Beispiel in die Sek A, B oder C geht oder welcher Beruf nachher gewählt wird. Da finden Elterngespräche statt und diese Gesamtbeurteilung ist entscheidend. Deshalb, liebe Grüne, liebe SP, ist es überhaupt nicht gefährlich, wenn man die Noten belässt, weil sie eben nur ein Teil der Beurteilung sind. Sie müssen keine Angst haben vor Noten. Wenn hier noch gesagt wird, die Noten seien ungerecht und demotivierend und so, dann sagen Sie mir: Wie ist es Ihnen jeweils an den Sporttagen ergangen? Niemand käme auf die Idee, wegen Schülern, die an den Sporttagen nicht die grosse Leistung erreichen, nicht mehr zu messen und nicht mehr zu sagen, das ist so; das ist vernünftig im Weitsprung und im Hochsprung. Nein, es ist völlig klar, dass Leistungen gemessen werden, die körperlichen Kompetenzen. Und so ist es auch in Ordnung, wenn man die kognitiven Kompetenzen, diese Leistungsziele misst. Was wichtig ist, ist, was Sie nachher damit machen. Sie dürfen nicht ein Kind, dass diese Ziele nicht erreicht, als nicht gleichwertig betrachten. Welche Noten man hat, welche Leistung man erreicht, jeder Mensch hat gleich viel Wert. Jedes Kind verdient es, auf die gleiche Art und Weise gefördert zu werden, dort, wo es steht. Es spielt eine Rolle, was Sie mit den Noten machen, und nicht, ob Sie Noten machen. Und das müssen die Leute, die die Noten gerne abschaffen, begreifen, und sie haben es bislang nicht begriffen. Es wird in den Diskussionen unter den Tisch gewischt und deshalb ist es notwendig, hier das Gesetz so zu ändern, dass Noten zumindest Ende des Semesters notwendig bleiben. Herzlichen Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Das Wort – ich gehe davon aus – zum Eintreten hat für die Grünliberalen Christoph Ziegler.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Genau, ich gebe nun gerne als Mitunterzeichner auch meine Überlegungen und die Meinung der GLP zum Thema «Noten im Zeugnis» zu Protokoll, zur Eintretensdebatte:

Noten im Zeugnis sind nicht in Stein gemeisselt. Es wird momentan im Kanton Zürich geprüft, wie die kompetenzorientierte Beurteilung nach Lehrplan 21 geschehen soll. Im Fokus stehen dabei einerseits die formative Beurteilung, andererseits auch die Gesamtbeurteilung im Zeugnis und die Weiterentwicklung der Beurteilungspraxis. Die PI will nun nichts anderes, als im Gesetz eine Leitplanke zu setzen, nämlich, dass die Leistungsbeurteilung im Zeugnis durch Noten erfolgen soll. Noten sind, auch wenn wir uns deren Schwäche bewusst sind, allseits akzeptiert. Dies hat man auch aus den Vernehmlassungsantworten gesehen. Denn Noten werden auch von der Wirtschaft, also von den Abnehmern unserer Schülerinnen und Schüler, eine recht zuverlässige Aussagekraft attestiert. Es geht hier auch um die Glaubwürdigkeit der Schule. Ohne Noten schwächen wir unsere Volksschule ohne Not. Ohne Noten würde die Wirtschaft noch mehr auf Stellwerktests oder Multicheck zurückgreifen. «Teaching to the Test» wäre dann zum Beispiel eine Folge, eine aus pädagogischer Sicht bedenkliche Entwicklung.

Natürlich, die Beurteilungspraxis soll, ja, muss ständig weiterentwickelt werden. Fachleute und Forschungsergebnisse sollen dazu beigezogen werden. Den Lehrpersonen und den Schulen soll auch ein gewisser Ermessensspielraum erhalten bleiben. Aber auf die Noten im Zeugnis darf man nicht verzichten. Innerhalb dieser Leitplanke haben Bildungsrat und Pädagogen genug Freiheit, das Beurteilungssystem im Sinne des kompetenzorientierten Lehrplans 21 weiterzuentwickeln.

Die Kommission hat die ursprüngliche PI geändert, sodass jetzt nur noch die Leitplanken der Zeugnisnoten im Gesetz stehen. Alle Argumente von SP, Grünen und AL, die ich hier im Kantonsrat gehört habe, verpuffen im Nichts. Hier geht es doch nicht um Klassenkampf, liebe Karin Fehr. Nochmals: Eine Weiterentwicklung zu einem modernen Beurteilungssystem ist auch mit dieser PI gut möglich, und das ist in unserem Sinne. Die Grünliberale Partei befürwortet den Status quo punkto Zeugnisnoten und will gleichzeitig dem Bildungsrat die Kompetenz zu einer Neubeurteilung, zu einer Weiterentwicklung der Beurteilungspraxis geben. Dies ist mit dieser PI erfüllt, weshalb die GLP der PI, so wie Sie von der KBIK geändert wurde, zustimmt.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die Fraktionen haben ihre Erklärungen abgegeben. Für die nächsten Sprecher gilt jetzt fünf Minuten Redezeit.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): In verschiedenen Kantonen stehen die Schulnoten zur Diskussion, so auch bei uns. Die parlamentarische Initiative der FDP will hier eine Klärung – nicht mehr und nicht weniger. Zeugnisnoten sollen nicht abgeschafft werden können, darum geht es. Ich bin im schweizerischen und im kantonalen Gewerbe- und KMU-Verband mit Bildungsfragen engagiert, dies zu meiner Interessenbindung und möchte hier vor allem die Perspektive an der Nahtstelle zur Berufsbildung etwas näher beleuchten. Es ist wichtig, dass Schülerinnen und Schüler regelmässig und aussagekräftig über ihre Fortschritte, ihre Leistungen und ihr Lernverhalten beurteilt werden. Und «aussagekräftig» heisst eben, dass auch nicht nur die Schülerinnen und Schüler und die Lehrer und die Eltern im Gespräch einander das Feedback geben, sondern auch Aussenstehende klar wissen, wo die Beurteilten stehen, und Aussenstehende sind beispielsweise künftige Ausbilderinnen und Ausbilder. Gerade die Leistungen auf der Sekundarstufe sind doch für die Lehrmeister, wenn es darum geht, einen künftigen Lehrvertrag abzuschliessen zu können, wichtig.

Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind angesprochen worden. Ja, warum haben in den letzten Jahren die branchenspezifischen Eignungstests, Multichecks et cetera denn an Bedeutung gewonnen? Weil eben unter anderem die öffentliche Diskussion die Notengebung auch relativiert hat. Und diese Diskussion, die wir heute führen, ist ein weiteres Element dazu. Natürlich sollen unter anderem Verhalten, Lehrentwicklung, Sozialverhalten beurteilt werden. Und natürlich lässt sich auch nicht alles in exakte Noten giessen. Es braucht eben beides. Noten sind ein wichtiger Orientierungspunkt und können auch den betroffenen Schülerinnen und Schülern helfen, sich nach aussen klar zu positionieren, zum Beispiel mit einer guten Note in Mathematik oder einer guten Note in Deutsch. Das sind zwei zentrale Fächer für künftige Lehrmeisterinnen und Lehrmeister. Auch der kantonale Gewerbe- und KMU-Verband und die Berufsbildungskommission haben sich im vergangenen Jahr vertieft mit dieser Thematik auseinandergesetzt und sind im Rahmen der Vernehmlassungsantwort zum Schluss gekommen, dass eben die semesterweise Leistungsbeurteilung im Zeugnis weiterhin durch Noten erfolgen soll. Und gerade im Hinblick auf den Übertritt in die Oberstufe ist eine solide Abstützung von grosser Bedeutung.

Der vorliegende Entwurf der Vorlage bildet dafür eine gute Grundlage. In diesem Sinne bitten wir Sie, auch im Namen des Gewerbe- und KMU-Verbandes des Kantons Zürich, der Vorlage zuzustimmen.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Auch ich rede aus der Praxis der Berufsbildung, als Fachperson an einer Berufsfachschule. Also ich kann es sagen: Eine objektive Beurteilung und Notengebung gibt es nicht und es ist auch nicht gerecht. Wir alle wurden benotet und darum finden Eltern und verschiedene Leute das immer gut bei Umfragen, wir kennen ja gar nichts anders. Aber ich muss Sie enttäuschen: Die Notengebung funktioniert nicht. Erwiesen ist aber, dass konstruktive Feedbacks und Rückmeldungen auf alltäglichen Leistungen im Schulalltag hingegen sehr motivierend sind. Und das ist erwiesen. Die Noten garantieren auch nicht saubere Übergänge, wie es heute mehrfach behauptet wurde. In meinen Klassen habe ich jedes Jahr Abgängerinnen und Abgänger aus den Sekundarstufen A und B in der gleichen Klasse aus dem ganzen Kanton. Und wissen Sie was? Ich sehe gar keine Unterschiede, weil die Notengebung überhaupt nicht nötig ist. Es funktioniert aber bestens. Und wieso sehe ich keine Unterschiede? Es ist, weil dann plötzlich im Unterricht Freude vorhanden ist, Motivation und Selbstverantwortung. Und so wird dann sehr gut gelernt und kommen wir vorwärts im Leben, auch unsere Jugendlichen. Ja, und dazu kommt, dass heute fast durchgehend entweder ein Basic Check oder ein Multicheck von der Wirtschaft verlangt wird. Das ist eine Bankrotterklärung. Das zeigt, dass die Notengebung nicht funktioniert. Und was machen diese Checks? Die machen genau das, was wir auch möchten: Sie zeigen das persönliche Fähigkeitsprofil angehender Lernender, und genau das ist wichtig. Die Kompetenzen und Fähigkeiten sind in der Wirtschaft gefragt, nicht irgendwelche Noten. Und die Notengebung hat weiter den Nachteil, dass sie ein angepasstes Denken fördert. Wir brauchen im Wirtschaftskanton Zürich nicht angepasste Leute, nein, wir brauchen Kreativität und Schülerinnen und Schüler, die auch neue Lösungsansätze wagen. Aber sie wagen diese ja nicht, wenn sie benotet werden. Denn es kann ja sein, dass eine solche Lösung dann nicht auf Anhieb funktioniert. Und das ist genau das, was wir möchten: Wir müssen unsere Kinder und die Schülerinnen und Schüler in diesem Kanton dazu ermutigen, mutig zu sein und kreativ, genau das brauchen wir in unserem Kanton. Und dann reden wir auch nochmals über Chancengleichheit, denn wir sind nachweislich meilenweit davon entfernt, ich möchte es auch nochmals betonen. Wir kämpfen ja schon länger dafür, dass, wenn schon Noten, diese anonym gemacht werden sollen. Dann hätten wir vielleicht eine Chance auf etwas Chancengleichheit in diesem Kanton. Ja, wir als Grüne Fraktion stellen klipp und klar fest: Wir wollen unsere Kinder, die Schülerinnen und Schüler dieses Kantons fördern und nicht

ausbremsen. Unsere Unterstützung haben Sie mit solchen Vorstössen und Gesetzesentwürfen also nicht. Wir lehnen ab.

Astrid Furrer (FDP, Wädenswil): Ohne Zweifel gehört das Schweizer Bildungssystem zu den Besten der Welt. Die Ausbildung in der Schweiz wird weltweit anerkannt. Das können nur wenige Ausbildungsplätze von sich behaupten, weshalb wir von vielen Ländern beneidet werden. Mit dem Lehrplan 21 sehen sich Bildungsreformer stärker als vorher veranlasst, sich von Zeugnisnoten abzuwenden und Symbole für die Leistungsbewertung einzuführen, auch das Jahr hindurch. Unsere PI will vorbeugen, dass dies in Zürich nicht auch passiert. Eine Minderheit der KBIK ist überzeugt: Die Idee der Abkehr von Schulnoten sei im Bildungsrat in weiter Ferne.

Bei einem informellen Gespräch mit einem Mitglied des Bildungsrates antwortete es mir jedoch, dass man sich Alternativen durchaus überlege. Dass in anderen Kantonen die notenfreie Leistungsbewertung bereits ausprobiert wurde, zeigt, wie nahe die Umsetzung tatsächlich liegen kann. In einer Gemeinde im Kanton Bern wurden 2019 Symbole statt Noten in der Primarschule eingeführt, woraufhin dann Folgendes passierte: Die Schüler und Eltern waren frustriert, weil sie nicht mehr einordnen konnten, wo die Schüler stehen. Im Schulalltag sah es dann so aus, dass das eine Kind mit drei Fehlern einen Bagger erhielt, das schlechteste Symbol, welches heisst: Du musst noch daran arbeiten. Und ein anderes Kind, das auch drei Fehler schrieb, erhielt eine Krone, was heisst: Für deine Möglichkeiten hast du es toll gemacht. Um dies auch nur halbwegs zu verstehen, müsste die Lehrkraft zu jeder Bewertung aufwendige Texte verfassen.

Mit einem solchen System werden ausserdem Leistungsbereite ausgebremst und frustriert, weil der Sitznachbar mit der eventuell wesentlich schlechteren Leistung die gleiche Bewertung erhält. Aus Sicht des Kindes hat sich sein Lernen nicht gelohnt. Die Motivation schwindet. Dass dies tatsächlich so ist, kann ich mit dem Brief der obenerwähnten Gemeinde belegen, wo man nach zwei Jahren Symbolgebung zugeben musste, dass es nicht funktioniert. Ich zitiere wörtlich: «Nun stellen wir aber seit längerer Zeit fest, dass manchen Kindern die Lernbereitschaft fehlt, und haben uns gefragt, ob es vielleicht auch daran liegen könnte, dass der Ansporn, eine gute Note zu erreichen, fehlt. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, bis auf Weiteres Leistungen wieder mit Noten zu beurteilen.» Dies, Monika Wicki, durchaus ein Beispiel aus der Praxis.

Noch ein kleines Schmankerl zur Motivation von Schulnoten, ein Titel in der Frankfurter Zeitung, ganz neu vom Juni dieses Jahres, «Schulnoten für Pausensnack vergeben». Ja, eine Studie des Robert-Koch-Instituts hat tatsächlich gezeigt: Wenn man die Lebensmittel mit Noten bewertet, also die guten Lebensmittel mit einer guten Note, die schlechten Lebensmittel, ungesunde Snacks und so, mit einer schlechten Note, ja, was ist passiert? Die Schüler haben allesamt zu den gesunden Lebensmitteln gegriffen, weil sie da einen Zusammenhang mit der Benotung gesehen haben.

Nach der Eingabe der PI haben sich auf «Tele Z» (*Lokalfernsehsender*) mehrere Bildungsexperten geäussert. Alle waren sich einig und mussten zugeben, dass ein besserer Plan als Notengebung nicht fertig sei, es aber grosse Anstrengungen gebe, andere Systeme auszuprobieren. Für mich ist ganz klar: Lassen Sie die Experimente an unserem Bildungssystem und an unseren Kindern. Sie operieren hier an einem gesunden System, das in der Vergangenheit zu keinen Schmerzen, sondern zur Anerkennung und weltweitem Erfolg geführt hat. Kommen Sie wieder, wenn Sie ein möglichst sicheres, erfolgversprechendes Konzept zur Verbesserung haben.

Abschliessend möchte ich noch festhalten, dass auch für mich nichts, aber auch gar nichts gegen eine Notengebung spricht, die neben der transparenten Vergleichbarkeit der Noten einen Text zur Kompetenzbeurteilung und Begründung jeder einzelnen Note zur Verfügung stellt. Diese PI – und das muss deutlich verankert und auch dem Letzten klarwerden – wehrt sich also ausschliesslich gegen die Abschaffung von Noten und nicht gegen eine zusätzliche Bewertung oder Beurteilung von Kompetenzen. Besten Dank.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Auf das akademische Votum von Monika Wicki – ich meinte, sie sei die einzige, es geht aber auch an Karin Fehr und Judith Stofer – muss reagiert werden. Denn wenn Sie keine Mehrheit mehr haben, dann wird die Wissenschaftsgläubigkeit herbeigezogen. An Karin Fehr im Speziellen noch: Du hättest die Selbstkritik von SP-ler Erich Fehr (*Stadtpräsident von Biel*) – es gibt sehr viele Fehrs bei der SP – lesen sollen: Das ständige Bashing auf die Wirtschaft ist gefährlich. Weshalb macht denn die Wirtschaft eigene Tests? Habt ihr euch das – wertfrei – auch einmal überlegt? Nein, das könnt ihr nicht wertfrei. Dieser Vorstoss ist ein klarer Schuss vor den Bug der Noten-Abschaffer und Gutmenschen. Mit Ihrem akademischen Votum zeigen Sie klar auf, dass die Administration weiter überfordert

und aufgebläht werden soll. Und mit den Vorschlägen, ob jetzt normativ, formativ oder summativ, wird eine Fiche über den Schüler oder die Schülerin erstellt. Wollen Sie das? Wir wollen das nicht. Es ist wichtig, dass Schülerinnen und Schüler sich messen können und wissen, wo Sie stehen, aber sicher nicht so, wie die Linken das sehen. Wir unterstützen die abgeänderte PI. Besten Dank.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Wir führen hier eine politische Diskussion über Schulnoten. Natürlich ist Bildung auch etwas Politisches, aber ich möchte daran erinnern, dass es eben auch Bildungsforschung gibt, die man berücksichtigen könnte und sollte, und das Wissenschafts-Bashing ist wirklich sehr gefährlich, Rochus Burtscher. Und es gibt eben doch Forschung und Studien zu Schulnoten und die schneiden dort nicht sonderlich gut ab. Schulnoten sind nicht objektiv. Sie suggerieren das zwar: Weil man eine Zahl hat, dann hat das immer so einen Hauch des wissenschaftlich Objektiven, mit Mathematik kann man ja nicht diskutieren, die ist unbestechlich. Aber es ist einfach nicht so, dass Noten sehr objektiv sind, denn der Weg zu dieser Note ist entscheidend, und da gibt es viele Verzerrungen. Eine der wichtigsten ist, dass Noten eben nicht einfach die Leistung abbilden, sondern vor allem im Referenzrahmen Klasse gut messen. Es kann also gut sein, dass eine Schülerin in der einen Klasse eine 4,5 hat und in einer anderen Klasse eine 5,5. Und das ist nicht fair und das ist auch keine sinnvolle Beurteilung nach aussen. In den Schulen wird das tatsächlich auch berücksichtigt, das ist auch schon gefallen, unter dem Semester fliesst das alles ein. Man versucht, moderne Erkenntnisse aus Pädagogik und Didaktik einfließen zu lassen, und im Zeugnis soll man dann diese Erkenntnisse über Bord werfen.

Die Noten werden ja tatsächlich auch noch verwendet. Und wenn Sie jetzt sagen «die Arbeitgeber machen alle Multichecks», dann fragen Sie sich doch mal, wieso. Ja, es gibt ja im Moment Schulnoten, die sind ja gar nicht abgeschafft. Das ist der Status quo und Sie wollen jetzt einfach einen alten Zopf im Gesetz festschreiben, und das ist doch sehr rück-schrittlich.

Die Hauptargumente, die ich von den Befürwortern gehört habe, sind: «Wir haben das schon immer so gemacht, ich fühle mich wohl damit, weil ich es selbst so kenne, und die Arbeitgeber müssen wissen, woran sie sind.» Dazu ist einfach zu sagen: Noten vermitteln gar kein objektives Bild, wo eine Person leistungsmässig steht und ich finde auch diese Fixierung auf Arbeitgeber ziemlich speziell. Für die Grünen soll Bil-

dung ganzheitlich sein. Wir möchten junge Menschen aufs Leben vorbereiten und dazu gehört natürlich schon auch, dass sie Kompetenzen entwickeln für das Arbeitsleben. Aber da gehören viele Kompetenzen dazu und es geht nicht nur darum, eine Zahl für den Arbeitgeber zu liefern. Und es geht übrigens auch nicht darum, Schulnoten mit Symbolen zu ersetzen. Damit haben Sie natürlich gar nichts gewonnen, wenn Sie einfach die gleichen Zahlen 1 bis 6 mit anderen Symbolen ersetzen, sondern es geht um differenziertes Feedback.

Und ja, ich finde es recht speziell, dass gewisse Parteien einfach 100 Jahre alte Methodik im Gesetz festschreiben wollen. Liebe FDP, liebe GLP, ihr gebt euch doch sonst immer zukunftsgerichtet und die GLP sogar als «Createur d'Avenir»: Ist das Ihre Zukunft, indem Sie 100 Jahre alte Didaktik ins Gesetz schreiben?

Mit dieser PI sollen ja spätestens ab der zweiten Klasse Schulnoten verpflichtend werden. Denken Sie daran, diese Kinder sind sieben Jahre alt in der zweiten Klasse und sie haben noch sieben weitere Schuljahre vor sich. Das heisst, der Schulabschluss der obligatorischen Schulzeit ist gleich weit weg wie die Geburt. Und ich denke, da sind schon auch ein paar Jahre übrig, um Kinder auf Leistungsbeurteilung in der Berufswelt vorzubereiten. Und in der Berufswelt werden im Übrigen gar nie Noten vergeben. Meine letzten Noten kommen vom Lic-Zeugnis (*Lizenziat*), in keinem meiner Arbeitszeugnisse gibt es eine Note, also das scheint mir auch ein seltsames Argument zu sein. Schreiben Sie nicht solche alten Zöpfe ins Gesetz!

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Ich bin für die Beibehaltung des bewährten Notensystems. Die meisten von Ihnen sind zu jung, um das noch selbst erlebt zu haben – ich habe es selbst erlebt –, aber die meisten von Ihnen können lesen und schreiben, sich also die Informationen beschaffen. Die Wurzel der Notenfeindlichkeit ist in den Theorien der neuen Linken gegeben. Das waren bereits die grossen Philosophen der neulinken Szene, wie Horkheimer (*Max Horkheimer*), Adorno (*Theodor W. Adorno*) und weitere sowie ihrer Adepten, die dann die Leistungsfeindlichkeit zu ihrem Banner-Punkt machten. Es galt, die Leistungsbeurteilung des kapitalistischen Staates als Instrument der Repression, die bereits bei den Kindern beginnt und die Kinder zu braven Adepten des kapitalistischen Systems erzieht. Dort, wo sie einverstanden sind, hat man dann eben Repression – in einer gemilderten Form mit Einverständnis, ebenfalls Repression. Diese Theorien haben sich in unserem Schulwesen und in diversen Schriften weiter perpetuiert. Es

gibt bis jetzt kein besseres System, um Schüler letztlich an ihrer Leistung zu messen, als ein Notensystem. Es wurde eine Zeit lang auch propagiert und gerade Ende 60er-Jahre, Anfang 70er-Jahre auch probiert, als Kriterien zum Beispiel soziale Kuscheligkeit und Sozialverantwortung und Ähnliches als Kriterien in die Notengebung zu bringen. Es gibt letztlich nichts anderes als eine klare Leistungsbeurteilung und das sind die Noten. Dass Noten mitunter ungerecht sein können, gebe ich ohne Weiteres zu, dass Lehrer verschiedene Qualitäten haben können und ein Lehrer vielleicht aus ungerechten Gründen eine Note zu gut oder zu schlecht macht, das mag vorkommen. Aber es gibt kein vernünftiges System, das die Notengebung auch nur einigermaßen sinnvoll ersetzen kann. Unsere Kinder brauchen auch ein System, an dem sie sich messen können, mit dem sie auch Steigerungen ihrer Leistung quantifizieren können. Und letztlich – ich gebe es zu – sind die Noten natürlich auch ein Auswahlssystem, ein verpönter Ausdruck, ein Selektionssystem. Man muss sieben: Wer diese Qualitäten hat, kann das und das machen. Das heisst aber nicht, dass ein Mensch mit schlechten Noten deshalb wertlos sein muss, sondern vielleicht kann ein Mensch mit schlechten Noten ein ganz hervorragender Handwerker sein und anderes, aber vielleicht weniger der Akademiker. Es ist auch nicht nötig, dass wir 100 Prozent Akademiker haben, die dann keine Jobs mehr finden, selbst dann nicht, wenn sie neulinken Theorien nachgehen. Ich danke euch fürs Zuhören.

Carola Etter-Gick (FDP, Winterthur): Vieles wurde gesagt, aber ich habe einen pädagogischen Aspekt aus Fachhochschulperspektive, den ich als ehemalige Fachhochschuldozentin einbringen möchte: Freude, Motivation und Selbstverantwortung hat Wilma Willi als Gegnerin der Schulnoten für den Unterricht gefordert. Ich würde sagen: Genau das gab es in meinem Fachhochschulunterricht, zumindest unter jenen, die mein Unterrichtsfach mochten. Die formative Beurteilung hat dieses motivierte Lernklima denn auch gefördert, das ist wahr, und sie wurde ausgiebig vorgenommen. Am Ende des Semesters folgte auch die summativ Beurteilung, und das war immer richtig und wichtig. Der Moment der Notengebung war für mich aus pädagogischer Sicht nämlich derjenige, den ich analysieren musste. Ich wurde quasi gezwungen, die erbrachte Leistung der einzelnen Gruppen zu analysieren, zu bewerten und schliesslich auch zu begründen. Referenz hierbei war nicht der Klassenrahmen, Referenz war für mich stets das, was ich eigentlich als Semesterziel erwartet habe, sprich die eigentliche Leistung, die meine Studierenden nach einem Semester können oder erbringen sollten. Das

haben die Studierenden immer gemocht und sie haben das auch als wertschätzend empfunden. Denn sie haben sich intensiv mit der Materie befasst, mit meinem Stoff, den ich ihnen vermittelt habe, und sie fanden es auch richtig und wichtig, dass ich ihnen am Ende eine Rückmeldung in dieser Qualität gab. Genau so ist es auch für die Schüler auf niedrigerer Stufe bereits in der Primarschule. Sie erwarten Schulnoten, das merke ich jetzt als Mutter. Meine Tochter freut sich auf die Semesterzeugnisse und deshalb bin ich absolut dafür, dass diese Bewertung beibehalten wird.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Wir haben jetzt mehrfach gehört, dass Noten und Beurteilung etwas aus der Vergangenheit sei. Doch wenn ich in meinem Alltag unterwegs bin, dann begegnen mir Noten und Beurteilungen, wo immer ich auch hinschaue. Suche ich ein Restaurant und scrolle ich durch die Homepage, dann strahlen sie mir gleich entgegen: 3,5 – ich blättere weiter –, 4,3 vielleicht, aber man muss noch in die Kommentare schauen, vielleicht gibt's was Besseres, 4,8 – das nehme ich. Wenn ich im Uber (*gemeint ist ein Automobil, vermittelt durch die Reservationsplattform Uber*) sitze, werde ich gleich, nachdem ich bezahlt habe, gefragt, ob ich die Fahrt dann auch beurteilen will. Überall und immer wird gefordert, dass sich zwischen 1 und 5 manchmal zwischen 1 und 10 – da habe ich etwas mehr Auswahl – eine Note gebe. Die meisten, die eine Leistung beziehen, schauen sich diese Noten an. Anhand der Zahlen entscheiden sie sich sehr schnell, ob sie eine Leistung am gleichen Ort beziehen oder nicht. Dieses System begegnet uns überall und wird auch in Zukunft wahrscheinlich noch verschärft. Die Schule soll die Kinder und Jugendlichen auf die Zukunft vorbereiten. Entsprechend müssen sie auch dieses Beurteilungssystem kennenlernen. Wäre es denn nicht in unserem Sinne, wenn also mit den Zeugnisnoten dieses Konzept von Noten, dieses Konzept von Zahlen erlernt wird, in einem System, wo die Zahlen eben nicht einfach im Raum stehen, wo man nicht einfach darüber hinweggeht, sondern tatsächlich die Noten erklärt werden? Es gibt Elterngespräche, da werden die Noten erklärt. Es gibt eine Beurteilung, man geht weit über die Zahl hinaus. Zudem haben die Kinder die Möglichkeit, unter dem Semester ihre Zahlen ständig zu verbessern. Sie kriegen Feedback, sie kriegen die Möglichkeit, sich anzupassen und zu schauen, wo noch was möglich ist. Dieses System ist wichtig und es ist richtig, dass die Kinder und Jugendlichen auch dies erlernen.

Zum Schluss möchte ich noch betonen: Es geht uns um die Zeugnisnote, das was am Schluss des Semesters dasteht. Die pädagogische Freiheit, während des Semesters die Kinder und Jugendlichen zu beurteilen, mit individuellen Rückmeldungen, mit einem Lächeln, mit einer Zustimmung zu motivieren, die ist weiterhin da. Und das ist auch das, was die Lehrerinnen und Lehrer super machen und auch heute schon tun. Deshalb braucht es hier auch nicht eine Regelung, denn das ist ja das Ziel: Sie sollen die Schülerinnen und Schüler motivieren, Glanzleistungen und Topleistungen zu erbringen. Doch am Ende braucht es eben eine Zahl. Ich wähle nämlich auch immer diejenigen, die am Schluss der Beurteilung gut wegkommen.

Monika Wicki (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Die Debatte hier zeigt deutlich, wie sinnvoll es ist, dass nach wie vor im Gesetz geschrieben steht, dass der Bildungsrat über die Beurteilung in der Schule entscheidet – und eben nicht der Kantonsrat. Wir sprechen hier immer wieder von Leistungsbeurteilung und Kompetenzen und es ist nie ganz klar: Wer spricht eigentlich wovon und warum genau? Letztlich bin ich aufgrund der Debatte heute froh, dass selbst die SVP darauf hingewiesen hat, dass Kinder förderungsorientiert beurteilt werden müssen, dass das ihnen hilft, ihre Lernprozesse zu steuern, und dass die Kinder dort abgeholt werden müssen, wo sie stehen, damit sie lernen können. Also vielen Dank, so viel hat immerhin diese Initiative gebracht. Wir haben uns über dieses Thema unterhalten und es hat gewisse Lernfortschritte gegeben hier im Rat. Das möchte ich doch positiv beurteilen und auch anmerken, wenn diese Lernfortschritte auch nicht überall wirklich stattgefunden haben. Ich denke, die Frage stellt sich ja: Warum haben denn bei den Unternehmen die Multichecks so zugenommen, dass sie für die Schülerinnen und Schüler eigentlich verpflichtend sein müssen? Weil die Noten eben gar nicht reichen; also das ist klargeworden, denke ich. Die Noten reichen nicht, hier herrscht eine breite Zustimmung, darüber bin ich sehr froh.

Was ich auch noch bemerken möchte: Die Linke kann eigentlich recht stolz sein, dass ihr Ansinnen, in der Schule die kompetenzorientierte Beurteilung einzuführen, dass dieses Ansinnen der Linken derart Ängste auslöst. Sie denken, wir seien so stark. Das ist schön zu wissen, dass das so ist, dass wir das dann auch einführen werden. Und Sie können sicher sein, wir bleiben dran. Die kompetenzorientierte Beurteilung ist wichtig und richtig und sie steht nicht zwingend in Konkurrenz zur Notengebung. Da sehe ich einfach, dass Sie da irgendwie den Punkt oder die Aussage des Bildungsrates noch nicht begriffen haben. Wir

haben die Aussage des Bildungsrates erhalten, dass er nicht vorhat, die Noten abzuschaffen. Dennoch ist es okay, dass er sich mit der Beurteilungspraxis befasst und alternative Modelle der Beurteilung prüft. Bitte beachten Sie die einzelnen Worte. Wenn so was gesagt wird, heisst das noch lange nicht, dass die Noten abgeschafft werden. Also von daher haben wir von links noch einen langen Weg, um die Noten abzuschaffen, wenn wir das denn wollen würden oder auch wollen. Na ja, vielen Dank für die Debatte.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Wer mich kennt, der weiss, dass Bildungspolitik jetzt nicht gerade zu meinen Steckenpferden gehört. Trotzdem erlaube ich mir, mich hier doch noch zu äussern, denn ich bin der Meinung, es geht eben um mehr als um ein Stück Papier, auf dem irgendwelche Zahlen stehen, die dann bei der Schülerin, beim Schüler das Stresslevel hoch treibt vor dem Besuch zu Hause, je nachdem, wie hoch diese Zahlen sind oder nicht. Ich bin der Meinung, kein einziger der Vorredner hat hier wirklich das Kind beim Namen genannt. Um was geht es denn, wenn man ein bisschen tiefer hinschaut? Es geht den Linken doch letztlich nur um eines, es geht ihnen um einen alten Traum, den sie schon lange haben, nämlich um die Abschaffung des Leistungsprinzips in unserer Gesellschaft. Das mag ein kleiner Mosaikstein sein in der Schule, dass man die Noten vergibt, aber es zieht sich eben durch die gesamte Lebensdauer eines Menschen hindurch. Das Leistungsprinzip ist eines der Grundpfeiler unserer Marktwirtschaft, unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Was ist das Leistungsprinzip? Es ist eben das Prinzip, das derjenige belohnt wird, der etwas besser macht als der andere. Jeder Unternehmer weiss: Nur wenn mein Produkt besser ist als das der Konkurrenz, nur dann werde ich Erfolg haben. Die Bäckerin weiss: Ich werde nur Erfolg haben, wenn meine Gipfel besser schmecken als die der Konkurrenz. Und das muss eben auch in der Schule so sein: Der Schüler muss wissen, dass es sich lohnt, die Hausaufgaben zu machen. Die Schülerin muss wissen, dass es sich lohnt, aufzupassen und sich anzustrengen. Und Sie haben immer darauf hingewiesen, dass Noten demotivieren. Das mag teilweise vielleicht sein, aber es ist viel wichtiger, dass Noten, gute Noten, motivieren. Der Schüler muss eben wissen, dass es sich lohnt, sich anzustrengen. Und natürlich sind Sie auf der linken Seite gegen das Leistungsprinzip, denn das Leistungsprinzip ist Ihnen ein Dorn im Auge. Denn Sie träumen ja von der gleichgeschalteten, von der egalitären Gesellschaft, wo es keine Dummen mehr gibt, keine Klugen, keine Fleissigen, keine Faulen, keine Gewieften, keine Einfältigen, nein, alle müssen gleich sein. Und das Schlimmste ist: Sie

nehmen auch eine Nivellierung nach unten in Kauf. Ihnen ist es egal, wenn alle dann gleich dumm sind oder gleich arm, Hauptsache, keinem geht es ein bisschen besser, keiner hat irgendwie irgendwelche wie auch immer gearteten Privilegien. Das ist Ihre Grundvorstellung einer Gesellschaft, die teilen wir nicht. Und erlauben Sie mir einen vielleicht etwas polemischen Blick in die Geschichte: Wohin solches Denken führt, hat man im 20. Jahrhundert mehrfach gesehen und man sieht es immer noch in gewissen Gesellschaften.

Ich bin der FDP, ich bin Frau Furrer sehr dankbar, dass sie dieses Thema aufgenommen hat. Ich bin wirklich der Meinung, dass die Notengebung in der Schule sehr wichtig ist. Es muss bewertet werden, nur nennen Sie zukünftig das Kind beim Namen, erkennen Sie die Agenda, die dahintersteht, wenn solche Vorstösse von linker Seite kommen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Diese Debatte hat meinen Morgen gemacht. Und zwar muss ich Ihnen sagen, Frau L'Orange Seigo: Als Sie hier über Kompetenzen doziert haben, habe ich mich schwer an meine Schulzeit zurückerinnert und an meinen lieben Lehrer. Ich war ja schon in meiner Schulzeit politisiert, wie auch Nicola Siegrist, dem ich nochmals gratulieren möchte zu seiner Wahl als JUSO-Präsident, dem Feministen Nicola Siegrist, der im LG Zürich (*Literargymnasium Rämibühl*) politisiert wurde, wie er uns erzählt hat. Ich wurde auch in der Schule politisiert, aber nicht von linken Lehrern, die mir den Lehrplan erklärt haben, wie Nicola Siegrist, sondern von linken Lehrern, die so einen Stumpfsinn erzählt haben, dass ich dageengehalten habe. Und stellen Sie sich vor, es hätte keine Noten gegeben, sondern es wären Kompetenzen erklärt worden. Ja, Sie können sicher sein, mein Kompetenzniveau wäre noch viel tiefer gewesen als meine Noten. Und deshalb bitte ich Sie doch: Bleiben Sie bei den Noten! Es ist gerechter. Und es ist gerechter sowohl für Nicola Siegrist, wenn er dann irgendwann mal noch an seiner Uni einen rechten Professor hat, der auch nicht fair ist, oder für mich und Leute wie mich, die zum Teil wahrscheinlich sehr extreme, linke Lehrer gehabt haben, wie das Mode ist in unserem System. Ich danke.

René Isler (SVP, Winterthur): Etwas pragmatisch ausgedrückt: Es braucht Noten in unserem Bildungssystem. Der Sprecher der GLP wie auch der Winterthurer Vertreter der FDP hat es auf den Punkt gebracht: Ich war einmal im Bildungsrat, aber nicht von einer Schule, sondern von der Metallindustrie. Und Sie werden jetzt fragen: Was hat das mit

Schulnoten zu tun? Das hat sehr viel mit Noten zu tun. Wir haben immer mehr Mühe gehabt, geeignete Leute anhand ihrer Zeugnisse und Schulnoten oder eben fehlenden Schulnoten anzustellen. Es gibt Kantone, die das nicht mehr so haben, wie wir im Kanton Zürich. Und was machen wir jetzt? Jetzt machen wir als Berufsverband es so, wie andere Berufsverbände auch: Zusehends mehr Berufsverbände gehen hin und sagen: Damit man überhaupt weiss, auf welchem Niveau diese Person ist, die man gerne anstellen würde, macht man eigene Aufnahmeprüfungen. Wir sind so weit, dass uns gar niemand mehr ein Schulzeugnis zustellen muss. Das ist uns eigentlich egal, was dort drinsteht denn ich kann diese Person ja gar nicht einordnen. Das beginnt aber schon mit Sek A, B und C, ein Fach habe ich hier, ein anderes Fach habe ich dort, wir können es nicht mehr einordnen. Wenn ich einen Computer-Spezialisten brauche oder einen Mechatroniker oder eine Anlagen-Apparatebauerin, habe ich keine Ahnung, wie stark die in der Mathematik, in der Geometrie, aber auch im handwerklichen Bereich ist. Also machen wir eine Aufnahmeprüfung. Und nur anhand dieser Aufnahmeprüfung ist er dann zugelassen, um eine Schnupperlehre zu machen. Wir sind heute im 21. Jahrhundert so weit, dass wir auf die Zeugnisse verzichten können, weil wir keine Handhabung haben. Ist das jetzt tatsächlich der Sinn von Links-grün, dass ihr sagt «Pustekuchen»? Wofür bilden wir denn unsere jungen Leute aus? Das ist doch eine Vorbereitung für später, um selber wirtschaftlich auf eigenen Füße zu stehen. Ob das nun eine geistige Ausbildung oder eine handwerkliche Ausbildung ist, das ist doch die Vorbereitung auf das Leben. Und da gibt es immer etwas zu werten, das ist wie im Spitzensport. Sie machen keinen 5000-Meter-Lauf, ohne dass irgendwo eine Zeit läuft. Auch da wird der Bessere gewinnen, auch zeitlich, und so ist es mit einer Handhabung. Denken Sie an all diese Berufsverbände in unserem Land, die ja eigentlich das Rückgrat unserer Gesellschaft sind, die auch notabene am Ende des Tages – jeder, der arbeitet – auch wieder etwas in unsere Sozialversicherungen zahlen. Unser Sozialstaat lebt von unseren Unternehmen. Ob Sie das gut finden oder nicht, irgendjemand muss diese Wertschöpfung erarbeiten, und das sind die KMU-Betriebe, das sind die Ausstudierten, das sind die Handwerker, die jeden Tag ihrer Arbeit nachgehen. Auch da gibt es Qualifikationen: Der sehr Gute erhält dann später vielleicht etwas mehr Lohn, der ein bisschen weniger Gute wird nachgenommen oder nachgeschult, bis auch er das Niveau wieder hat. Es wird immer gemessen, und seien wir froh, dass es Noten gibt, irgendetwas gibt zum Messen. Ich bitte Sie also tatsächlich, dieser Vorlage zuzustimmen.

Maria Rita Marty (SVP, Volketswil): Wie die Voten der linken Seite klar aufgezeigt haben, wolle diese allesamt die Noten abschaffen. Daher ist es gerade dringend notwendig, die Schulnoten ins Gesetz zu verankern. Dies hätte schon von Anfang an geschehen müssen, da der Kantonsrat die Legislative ist und nicht der Bildungsrat. Es wird von alten Zöpfen gesprochen, so nach dem Prinzip: Alles muss neu gemacht werden, egal, ob es jetzt zu einer Verbesserung führt.

Seit Jahrtausenden werden Dächer auf die Häuser gestellt. Auch dies ist ein alter Zopf. Schaffen wir doch die Dächer ab! Daher: Das wäre in etwa der gleiche Schwachsinn und würde auch einen desolaten Zustand schaffen. Noten abschaffen ist in etwa gleich, wie wenn man an einem Lauf nicht mehr die Zeit misst, sondern das Tenü beurteilt oder wie der Start vollzogen wurde oder wie gut der Sportplatz geputzt wurde. Die Rennzeit ist das einzige Kriterium, welches eine Aussage über das Niveau des Läufers macht und machen kann. Der einzige rechte Faktor, der zudem auch messbar und nachprüfbar ist. Genau darum haben die Arbeitgeber diese Tests eingeführt. Noten schaffen eine einfache Orientierung und geben die Leistungen der Schüler und Schülerinnen in gerechter Weise wieder. Die Leistung der Schüler muss objektiv gemessen werden und darf nicht durch subjektive und teils ungerechte Beurteilung der Lehrpersonen ersetzt werden. Noten sind ein Ansporn zur Leistung. Nur mit einer effektiven Bewertung wird das Lernverhalten der Schüler gefördert. Nur auf diese Weise werden die Schüler und Schülerinnen zu Topleistungen motiviert. Noten sind notwendig für das Erreichen eines höheren Niveaus. Die Noten sollen seit jeher von linken Kreisen abgeschafft werden. Die Voten haben dies klar gezeigt: Das Ziel ist es, das Niveau der Schule noch tiefer zu senken, damit niemand mehr Leistung erbringen muss. Das Ziel ist es, dass alle gleich schlecht sind. Unzulässige Versuche in Schulen haben gezeigt, dass auf diese Weise das Bildungsniveau markant sinkt, da die Kinder keine Motivation zum Lernen haben, da sie keinen Preis für ihre Leistung erhalten. Denn die Noten sind die summative Beurteilung des ganzen Verhaltens. Ich bitte Sie, dies im Gesetz zu verankern. Danke.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen) spricht zum zweiten Mal: Liebe Monika Wicki, du hast der Rechten, der Liberalen, Lernfortschritte attestiert, das kann ich leider auf der linken Seite nicht tun. Dann obwohl du selbst gesagt hat, dass Kompetenzorientierung mit Noten kompatibel ist, haben wir hier einige Votantinnen gehört, zum Beispiel Frau Willi oder Frau L'Orange Seigo – da bin ich sehr dankbar um die Voten –,

die klar gegen Noten gerichtet waren und gezeigt haben, dass die Noten-Abschaffung tatsächlich ein Thema dieser Diskussion hier drin ist. Und sie hat noch mehr gezeigt – bei Frau Willi bin ich richtiggehend erschrocken, welche naive Vorstellungen von Noten da noch herrschen. Die Berufsfachschullehrerin, die selber sagt, die Noten seien ungerecht. Ich weiss nicht, Frau Willi, ob Sie die Noten würfeln, aber heute wird das nicht mehr so gemacht wie früher. Oder früher wurde das auch nicht so gemacht. Heute ist das aber noch viel kontrollierter und viel, viel, viel mehr abgestützt. Also zuerst einmal, wenn ich eine Prüfung mache, dann wähle ich vor der Prüfung schon die Aufgaben so, dass die Kompetenzen, die ich überprüfen möchte, auch überprüft werden. Und ich lege fest, welche Punktzahl ungefähr – nicht ungefähr, genau – notwendig ist für das «Genügend», welche für das «Gut», welche für das «Sehr gut», man legt also die Kriterien zum vornherein fest. Es gibt Vergleiche zwischen verschiedenen Lehrpersonen und zwischen verschiedenen Prüfungen. Die Beurteilung auch mit Noten ist vielfältig. Also ich mache nicht nur Prüfungen, ich beurteile auch andere Leistungen. Und am Schluss des Semesters habe ich ein Potpourri von verschiedenen Leistungen, die ich auch noch unterschiedlich gewichten kann, je nachdem, welche Kompetenzen welches Gewicht haben werden. Am Schluss ist das Ganze eine fundierte Sache, die ich begründen kann, wenn mich jemand fragt, wie diese Note zustande kommt, und ich habe das Gefühl, dass die Note ziemlich gerecht ist. Und andere Lehrpersonen haben dieses Gefühl auch und wir tauschen uns darüber aus. So sollte eine Note heute entstehen und so entstehen sie in der Regel auch. Und dann ist gegen Noten wirklich nichts einzuwenden.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Gerne möchte ich nun auch noch in dieser Debatte etwas beitragen, und zwar aus der Praxis. Aus der pädagogischen Perspektive möchte ich Ihnen gerne noch etwas mitgeben: Die Beurteilungen – das haben wir jetzt schon mehrfach gehört – können nämlich nicht nur mit Noten abgegeben werden. Es gibt förderungsmotivierte und kompetenzorientierte Beurteilungen. Wichtig ist nämlich, dass die Feedbacks nicht nur einmal im Jahr den Schülerinnen und Schülern abgegeben werden, sondern während des ganzen Jahres braucht es eine gute, eine qualitativ gute Feedbackkultur. Und das ist zum Beispiel auch möglich, indem man auf der Rückseite des Zeugnisses noch eine andere Sichtweise der Beurteilung, der Bewertung einnehmen kann mit den so genannten Softfaktoren. Auch da kann man genau einschätzen, wie sich jeweils jemand verändert, verbessert hat oder man kann, neben den Noten, noch eine andere Bewertung dazu

abgeben. Das ist auch wichtig. Hier wurde eine Vergleichbarkeit mit Restaurant-Bewertungen oder gesamthaften Erneuerungen, wie Dächern, die von unserer Seite plötzlich infrage gestellt werden sollen, herangezogen. Das ist kein Thema, dass wir solche alten Zöpfe brechen möchten, sondern es fehlt total eine gesamtheitliche Betrachtung. Und wichtig ist, dass man nämlich bei den Schülerinnen und Schülern individuelle Erfolge auch aufzeigen kann. Es ist gerade auch für schwächere Schülerinnen und Schüler sehr wichtig, dass sie individuelle Rückmeldungen erhalten, dass sie wissen, wo sie sich verbessern können, und zwar das ganze Jahr über und nicht nur einmal im Jahr. Dankeschön.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Ich bin schon erstaunt über diese Debatte hier. Ich bin auf keinen Fall ein Bildungspolitiker, ich komme aus einer ganz anderen Reihe. Wir sind definitiv nicht gegen Beurteilung. Wir wollen diese aber weiterentwickeln und der Zeit anpassen. Ich arbeite für eine Firma – vielleicht meine Interessenbindung –, ich arbeite für eine Solarfirma und ich darf aktuell sehr viele Mitarbeiter einstellen. Haben Sie das Gefühl, ich verlasse mich auf Noten? Ich bin extrem froh, bringen diese Personenzugnisse mit, die einen Text haben, die mir sagen, wo diese Mitarbeiter Kompetenzen haben. Sind sie fähig, in einer Gruppe zu arbeiten? Können sie ein Team stärken? Sind sie handwerklich begabt? Das sind die Sachen, die mich interessieren, und nicht, ob da eine Vier oder eine Fünf steht. Ich gehe zurück auf meine Matur, da hat mir mein Englischlehrer immer knapp eine Vier gegeben. Okay, mit dem habe ich gelebt, weil ich in Englisch halt nicht so gut bin. Dann gibt es die mündliche Maturaprüfung und ich habe eine Fünf. Über Jahre war ich ein Vierer-Schüler, ich war so eingebucht, und an der Matur kriegte ich eine Fünf. Herr Hauser, haben Sie das Gefühl, wenn ein anderer Lehrer einen ihrer Schüler anders beurteilt, weil er ihn vielleicht sympathischer findet, und er dann auf einmal eine Note mehr kriegt, einfach aus Sympathie, ist das gerecht? Also dieses System ist sicherlich nicht gerecht. Und als Arbeitgeber gebe ich auch Qualifikationen wieder an meine Mitarbeiter, und ich möchte meine Mitarbeiter motivieren. Da streiche ich heraus, wo sie sich verbessern können, wo sie Kompetenzen haben, wo sie gut sind. Und natürlich zeige ich ihnen auch ihre Schwächen auf, und da schauen wir, dass wir diese zusammen verbessern können. Und dann Herr Bamert, Leistungsnivellierung, das werfe ich Ihnen vor, verdammt noch mal: Immer wenn es um die Universität geht, ist das viel zu teuer. Universitäre Bildung, das ist Ihnen suspekt. Denn die stechen ja heraus aus dem

Brei, ungeheuerlich! Und Frau Maria Rita Marty, das war ja ganz spannend. Wir schaffen die Dächer ab. Nein, wir haben sie weiterentwickelt. Zuerst hatten wir Stroh, dann haben wir Ziegel entwickelt, weil die viel besser waren. Und die neuen Dächer, die werden Solarstrom erzeugen. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Herr Galeuchet, Sie wissen, man darf hier nicht fluchen; wenn doch, dann höchstens ich (*Heiterkeit*).

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Ich wurde auch am LG politisiert, aber ich war etwas weniger systemkonform als Nicola Siegrist. Nun, diese Debatte hat sehr gut getan, denn sie war entlarvend und sie war erhellend. Wir haben von linker Seite einen argumentativen Rückwärtssalto vernommen. Erstens: Niemand will Noten abschaffen, also braucht es die PI nicht. Und zweitens: Noten sind nichtssagend, ungerecht, überflüssig und sowieso ein 100 Jahre alter Zopf, also sind sie abzuschaffen. Es wäre gut, wenn Sie eine gewisse Konsistenz in Ihren Argumenten an den Tag legen würden, das erleichtert das Verständnis und gibt vielleicht auch bessere Noten. Wieso wehren sich linke Parteien so sehr gegen diese PI? Offensichtlich nicht, weil hier etwas festgehalten werden soll, das angeblich ohnehin unbestritten ist, sondern – wir haben es mehrfach gehört –, weil es sich um ein Mittelschichts-Privileg handelt und diese Schulnoten, dieses Privileg abgeschafft werden soll, weil diese Parteien Schritt für Schritt daraufhin arbeiten, die Nivellierung in der Volksschule weiterzutreiben. Die Logik: Nur wenn es keine Schulnoten mehr gibt, können Leistungsunterschiede gänzlich kaschiert werden. Den Glanzpunkt hat, glaube ich, Wilma Willi gesetzt: Jetzt sollen wir also anonyme Noten einführen. Wieso nicht gleich ein Glücksrad? Ein schönes Beispiel, was auf akademischer Ebene eben wirklich läuft, ist ein Buch, das kürzlich von einem Dozenten des Instituts für Erziehungswissenschaften der Universität Zürich (*Philippe Wampfler*) herausgegeben wurde, mit dem Titel, der eigentlich alles sagt, «Schule ohne Noten». Es ist nur eine Frage der Zeit, bis solche Forderungen in den Schulen ankommen.

Wenn der aktuell zusammengesetzte Bildungsrat nicht vorhat, Schulnoten abzuschaffen, so ist es ein Standbild, das keinerlei Verbindlichkeit hat und schon in einem Jahr obsolet sein kann. Gerade nach den heute gehörten Voten von links ist es wichtig, dass wir jetzt ein klares Zeichen setzen und Noten verbindlich ins Gesetz schreiben. Besten Dank.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ja, Herr Bourgeois, ich ziehe aus dieser Debatte einen ganz, ganz anderen Schluss als Sie: Mit der Festschreibung der Notengebung im Gesetz schreiben Sie auch ein Denkverbot fest. Der Schulbereich soll nämlich nicht mehr weiterentwickelt, sondern auf einem altmodischen Niveau eingefroren werden. Und dann möchte ich noch erwähnen: Kinder sind per se neugierig und sie wollen lernen. Dazu brauchen sie keine Noten, um motiviert zu werden.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht): Eine spannende Diskussion zu dieser PI, ich kann die linke Argumentation nicht nachvollziehen. Natürlich sind die Noten nicht das einzige Kriterium, aber eines unter vielen. Das Betragen ist wichtig, das Zwischenmenschliche, aber auch die Noten. Sie gelten schliesslich erst ab der zweiten Klasse. Zu viel schonen bringt nichts, schlussendlich wird sowieso bewertet, wenn nicht mit Noten, dann anders. Eine Gleichmacherei bringt hier nichts. Nicht alles von früher war schlecht oder altmodisch. Wir stimmen dieser PI zu, vielen Dank.

Maria Rita Marty (SVP, Volketswil) spricht zum zweiten Mal: Eigentlich wollte ich gar kein zweites Mal sprechen, aber es hat mich gefreut, dass man mir zugehört hat, dass man das mit den Dächern gehört hat, lieber David, aber es ist kein Solar da, es ist die Abschaffung des Daches, definitiv. Aber es hat mich auch zum Beispiel der Kommentar mit dem Sport, mit einem Sport, mit dem Läufer, so wie das gesehen wird, gefreut. Denn die Sportzeit ist eben wichtig, diese Beurteilung ist effektiv, alles andere ist ungerecht. Man ist der Lehrerin, ihrer mündlichen Beurteilung, ausgeliefert. Diese kann man nicht nachvollziehen, die Kinder können es nicht nachvollziehen, die Eltern können es nicht nachvollziehen, es ist nicht nachprüfbar und es ist nicht anfechtbar. Man ist der Willkür der Lehrerin ausgesetzt. Das darf nicht geschehen. Es braucht Noten, es braucht Leistungen, die man überprüfen kann, und das ist Demokratie, das ist Gerechtigkeit. Und Danke, dass Sie das so verankern. Herzlichen Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich glaube, diese Debatte war ausgesprochen wichtig, weil es für viele Menschen, die auch hier vom Schulsystem irgendwann einmal profitiert oder betroffen waren, eine gewisse Psychohygiene wiederherstellt und man die eigenen Schulerlebnisse auch wieder etwas aufarbeiten konnte. Ich finde das sehr gut.

Ich erlaube mir eine Vorbemerkung: Es will niemand keine Noten. Gerade an der Schnittstelle sind die Noten wichtig, weil die Wirtschaft tatsächlich in irgendeiner Form feststellen muss, was die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler, die in die Berufsbildung übertreten, darstellt. Aber auch hier sind ja sehr kritische Stimmen an den Tag gelegt worden, dass man sagt, man könne diese Noten nicht lesen. Also darf es nicht verboten sein, zu überlegen: Wie können wir das System transparenter, übersichtlicher und vor allem für die übernehmenden Bildungsstufen besser gestalten?

Die Zuständigkeit für die Regelung von Inhalt und Form der schriftlichen Beurteilung liegt gemäss Paragraf 31 Absatz 3 des Volksschulgesetzes beim Bildungsrat, dessen Mitglieder Sie als Kantonsrat gewählt haben. Die Zusammensetzung: Lehrpersonen, Wirtschaftsverbände, Schulpräsidien. Es ist ein Expertengremium, das von Ihnen beauftragt wird, in Ihrem Interesse die Umsetzung des Volksschulgesetzes vorzunehmen.

Die vorliegende parlamentarische Initiative und der geänderte Vorschlag der KBIK greifen in eine der zentralen Zuständigkeiten des Bildungsrates ein, indem eben auf Gesetzesstufe geregelt werden soll, was gemäss Volksschulgesetz zu den Aufgaben des Bildungsrates gehört. Und aus diesem Grund lehnt der Regierungsrat die parlamentarische Initiative sowie den geänderten Vorschlag der KBIK ab, nicht, weil er die Noten abschaffen will.

Die Beurteilung anhand von Zeugnisnoten ist tief in der Gesellschaft verankert und wird nicht infrage gestellt. Die Notenzeugnisse widerspiegeln die Erwartungen der Gesellschaft und der Wirtschaft und ermöglichen eine allgemein verständliche Aussage über die erbrachten Leistungen. Der Bildungsrat hat sich in jüngerer Vergangenheit verschiedentlich mit der Frage der Zeugnisse befasst und ist zum Schluss gekommen, dass zurzeit keine konsensfähigen Alternativen dazu bestehen. Grundlage für die Zeugnisnoten bilden vielfältige und ausreichende Beurteilungsanlässe während des Semesters. Anhand dieser Beurteilungen müssen die Lehrpersonen gegenüber den Schülerinnen und Schülern und den Eltern aufzeigen können, wie die Zeugnisnoten zustande gekommen sind. Das bestehende Beurteilungssystem ist in sich stimmig und entspricht weitgehend auch dem Anliegen der Initiantinnen und Initianten. Das vom Bildungsrat erlassene Zeugnis-Reglement schreibt nämlich vor, dass Klassenlehrpersonen ab der zweiten bis zur sechsten Primarklasse und auf der Sekundarstufe zweimal jährlich ein Notenzeugnis ausstellen muss. Im Kindergarten, in der ersten Klasse und bei Einschulungsklassen gibt es keine Zeugnisse, sondern verbale

Rückmeldungen beziehungsweise Elterngespräche. Demzufolge ist das, was die PI fordert, heute genauso bereits klar und ausreichend geregelt.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. Das Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 wird wie folgt geändert:

§ 31

Antrag von Kathrin Wydler:

§ 31. ¹ (...) Bis und mit der ersten Klasse der Primarschule sowie bei sonderpädagogischen Massnahmen kann davon abgewichen werden. Abs. 2 und 3 unverändert.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Antrag von Kathrin Wydler gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 165 : 0 Stimmen (bei 4 Enthaltungen), dem Antrag von Kathrin Wydler zuzustimmen.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Damit ist die Vorlage materiell durchberaten. Sie geht an die Redaktionskommission.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

4. Eigentümerstrategie für die ZFH

Motion Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) vom 11. Januar 2021
KR-Nr. 4/2021, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Judith Stofer hat an der Sitzung vom 19. April 2021 Antrag auf Nichtüberweisung gestellt. Der Rat hat über die Überweisung zu entscheiden.

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil): Ich bin zuversichtlich, wir werden bei diesem Traktandum eine kürzere Debatte haben als beim letzten (*KR-Nr. 69a/2020*). So spreche ich für die FDP, meine Kolleginnen und Kollegen der SVP und GLP werden sich aber nur bei Bedarf zusätzlich zu Wort melden.

Mit dieser Motion wird dem Wunsch nach einer transparenten Steuerung und zeitgemässen Aufsicht der Fachhochschule Ausdruck verliehen. Und nebenbei – aber genauso wichtig – wird damit die Gleichbehandlung gegenüber der Universität gewahrt. Mit der Aufhebung des Dachkonstrukts ZFH (*Zürcher Fachhochschule*) ist zudem der Zeitpunkt ideal, die Einführung einer Eigentümerstrategie zu diskutieren. Der Regierungsrat verzichtet gemäss RRB (*Regierungsratsbeschluss*) 1248 aus dem Jahr 2017 auf eine Eigentümerstrategie für die Fachhochschulen, und zwar mit der Begründung, dass die strategischen Ziele in der Spezial- und Bundesgesetzgebung ausreichend bestimmt sind. Aktuell genehmigt der Kantonsrat die Jahresberichte der Hochschulen, worin die Hochschulen grösstenteils selbst bestimmen, welchen Inhalt sie wählen oder eben nicht wählen. Diese Geschäftsberichte werden durch einen Rechenschaftsbericht der Bildungsdirektion ergänzt. Darin wird über das Erreichen der Ziele, die finanzielle Lage, die Risiken sowie die zukünftigen Entwicklungen berichtet.

Die Finanzkontrolle hat in ihrem zweiten Semesterbericht 2021 verschiedene Feststellungen zur Corporate Governance der Fachhochschulen gemacht. Im Folgenden werde ich einige dieser Feststellungen aufnehmen: So weist die Finanzkontrolle beispielsweise darauf hin, dass das Gesamtsystem zwar funktioniert, das Governance-Gefüge in verschiedenen Aspekten aber massgeblich von den Vorgaben und Zielsetzungen der PCG (*Public Corporate Governance*) abweicht, was durchaus Risiken birgt. Der Leistungsauftrag mit den Hochschulen erfolgt auf Gesetzesstufe. Dazu hält die Finanzkontrolle fest, dass die Spezialgesetzgebung in verschiedenen Bereichen zu Risikomanagement, IKS (*Internes Kontrollsystem*), Fragen der Transparenz und Rechenschaftsabgabe mangelhaft ist. Auch fehlt es an zuordenbaren Rechenschaftselementen, da die Leistungsvereinbarung zwischen dem Hochschulamt und der operativen Leitung stattfindet. Der Fachhochschulrat nimmt somit kaum Steuerungsverantwortung wahr. Sie sehen, aufsichtsrechtlich hat das aktuelle Konstrukt durchaus Entwicklungspotenzial.

Artikel 20 der Bundesverfassung garantiert den Hochschulen die Freiheit von Forschung und Lehre. Und selbstverständlich anerkennen wir das Spannungsfeld der Hochschulautonomie und einer detaillierten Ei-

gentümerstrategie. Was also soll bei der Erarbeitung der Eigentümerstrategie diskutiert werden? Neben den üblichen Themen, wie Finanzwerten und Riskmanagement, muss die Frage nach der Qualität und was Erfolg ist, diskutiert werden, und ebenso müssen kulturelle Aspekte Eingang in eine Eigentümerstrategie finden. Die Eigentümerstrategie soll also einen normativen Rahmen für die Entwicklung der Hochschulstrategien setzen.

In diesem Sinne, überweisen Sie die Motion mit uns. Besten Dank.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste hat sich vor einiger Zeit bereits gegen die Einführung einer Eigentümerstrategie für die Universität Zürich ausgesprochen. Wir hatten damals die Motion (KR-Nr. 178/2018) von Bettina Balmer nicht unterstützt, welche die Einführung einer Eigentümerstrategie für die Universität Zürich verlangte. Unsere Argumente gegen die Einführung einer Eigentümerstrategie auch bei den Fachhochschulen haben sich seither nicht geändert. Hochschulen sind keine Ravioli-Fabriken im Besitze des Kantons, für die eine Eigentümerstrategie nötig wäre, um vielleicht eine Beteiligung an einer anderen Ravioli-Fabrik zu regeln. Die Bundesverfassung garantiert den Hochschulen Autonomie und die Forschungs- und Lehrfreiheit. Die Universität und die Fachhochschulen sind klassische Bildungsinstitutionen. Sie müssen dafür sorgen, dass möglichst viele junge Menschen eine gute Ausbildung geniessen können. Das heisst also, der Kanton erwartet von diesen Institutionen, dass sie ihre Aufgabe gut erfüllen. Sie haben einen Leistungsauftrag, der auf gesetzlicher Ebene geregelt ist. Der Leistungsauftrag umfasst Forschung, Lehre, Weiterbildung und Dienstleistungen. Im Gegenzug erhalten die Hochschulen vom Kanton die nötigen Ressourcen. Obwohl der Regierungsrat mit einem Regierungsratsbeschluss vom 20. Dezember 2017 explizit auf eine Eigentümerstrategie bei den Hochschulen verzichtet, müssen die Hochschulen einen Jahresbericht vorlegen, der sich an den PCG-Richtlinien des Kantons orientiert.

Ich möchte zum Abschluss noch auf den Bericht der Finanzkommission zum Geschäftsbericht des Regierungsrates zum Thema Governance der Fachhochschulen verweisen, welchen wir am nächsten Montag behandeln werden. Die Finanzkommission fasst die Stellungnahme der Finanzkontrolle folgendermassen zusammen, ich zitiere. «Auch wenn das skizzierte Governance-Verständnis» – gemeint ist das der Fachhochschulen – «in verschiedenen Aspekten massgeblich abweicht von den Vorgaben und Zielsetzungen der PCG, ist anzuerkennen, dass das Ge-

samtsystem funktioniert. Gleichwohl sieht die Finanzkontrolle in Bezug auf die Rechenschaftsablage Optimierungsbedarf, um den Anforderungen an die Transparenz zu genügen.»

Aktuell beschäftigt sich die KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) mit der Vorlage 5757, Fachhochschulgesetz. Statt einer Eigentümerstrategie für die Fachhochschulen könnten die Erkenntnisse der Finanzkontrolle auch in die aktuell laufende Revision des Fachhochschulgesetzes einfließen. Wir haben dies probiert, es erweist sich aber als eine Aufgabe, die einen längeren Vorlauf braucht. Es stellt sich darum die Frage, ob es in einer separaten Eigentümerstrategie für die Fachhochschulen einfacher zu regeln wäre.

Die Alternative Liste ist überzeugt, dass eine separate Eigentümerstrategie nicht nötig ist; dies auch, weil uns die Forschungsfreiheit wichtiger ist als eine Eigentümerstrategie. Zudem: Nicht alles, was in der Theorie gut tönt, lässt sich konkret und für die Praxis tauglich, einfach regeln. Wir unterstützen darum die PI Fehr nicht.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Die Aufforderung nun auch eine gesetzliche Grundlage für eine Eigentümerstrategie der Zürcher Fachhochschulen zu schaffen, analog zur Eigentümerstrategie der Universität, erachten wir von der SP-Fraktion wiederum, wie bereits an der Debatte zur Uni ausgeführt, als nicht zielführend. Selbstverständlich finden wir es auch wichtig, dass das Parlament die Strategie der ZFH transparent aufgezeigt bekommt. Die Strategie soll erfolgsversprechend und zukunftsweisend sein, da stimmen wir den Motionären zu. Doch ob mit dem geforderten Instrument einer Eigentümerstrategie dieses Ziel besser erreicht wird als jetzt, das bezweifeln wir. Die Eigentümerstrategie darf nicht so ausgestaltet werden, dass die Autonomie der Zürcher Fachhochschulen eingeschränkt wird, sondern die Zürcher Fachhochschulen müssen weiterhin ihre Freiheit haben, insbesondere in der Forschung, aber auch in der Lehre, der Weiterbildung und bei den Dienstleistungen.

Gerne erläutere ich nochmals die gleichen Elemente wie bei der Diskussion um eine Eigentümerstrategie für die Uni: Wenn eine solche Eigentümerstrategie erarbeitet würde, müsste sie sehr allgemein gehalten sein und könnte somit kein geeignetes Instrument für die strategische Führung und Oberaufsicht bilden. Denn die Kontrolle kann vor allem durch Leitbilder und strategische Ziele stattfinden. Ein weiteres wichtiges Instrument ist zudem, ergänzend zu den einzelnen Jahresberichten der unterschiedlichen Fachhochschulen, eine Berichterstattung über das

Erreichen der Ziele und Vorgaben. Im Vordergrund steht darin die Beurteilung der strategischen Entwicklung des Risikomanagements sowie der Finanzen. Wir stellen uns eine Kontrolle beziehungsweise eine Aufsicht sowie eine Oberaufsicht vor, welche zeitgemäss und durchaus kritisch durch den Kantonsrat durchgeführt wird. Ein absolut entscheidendes Element sind die Corporate-Governance-Richtlinien. Diese müssen zwingend festlegen, wie sich in diesem Fall die Fachhochschulen gegenüber den internen und externen Anspruchsgruppen verhalten müssen. Es braucht umfassende Strukturen, Grundsätze und Regeln zur Steuerung und Überwachung. Kritisch dürfen ruhig auch die Schnittstellen angeschaut werden.

Für uns als SP-Fraktion ist nicht ersichtlich, was der zusätzliche Nutzen einer Eigentümerstrategie wäre, da die Strategie der ZFH in den zur Verfügung stehenden Unterlagen bereits transparent abgeleitet werden kann. Wir brauchen nicht mehr Unterlagen, sondern Klarheit im Aufzeigen der strategischen Ziele so wie auch bei den Interessenbindungen. Danke.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Für uns Grüne ist klar, auch für die Zürcher Fachhochschulen muss eine Eigentümerstrategie erarbeitet werden, so wie wir das bereits im November 2020 für die Universität Zürich gefordert haben. Die ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*), die ZHdK (*Zürcher Hochschule der Künste*) und die PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) bieten unseren Jugendlichen und jungen Erwachsenen gute Ausbildungsmöglichkeiten und Berufsperspektiven. Sie erfüllen damit einen enorm wichtigen gesellschaftlichen Auftrag. Entsprechend finanziert der Kanton Zürich diese Bildungseinrichtungen ja auch massgeblich mit. Es steht deshalb dem Kanton gut an, seine Eigentümerinteressen und die von ihm verfolgten strategischen Ziele transparent darzulegen und über die Zielerreichung auch regelmässig Rechenschaft abzulegen. Erst eine regelmässige Strategiereflexion ermöglicht dann auch die rechtzeitige Anpassung derselben. So wird die Eigentümerstrategie zu einem wichtigen Führungsinstrument. Sie erleichtert dem Regierungsrat, aber auch uns als Kantonsrat damit die Aufsicht über die drei Zürcher Fachhochschulen. Sie ermöglicht des Weiteren eine zielgerichtete Verständigung mit den strategischen Organen der drei Hochschulen. Die PCG-Richtlinien geben gute Hinweise, was in so eine Beteiligungsstrategie gehört, die Freiheit von Forschung und Lehre bleibt dabei unangetastet. Die Grüne Fraktion überweist die von ihr mitunterzeichnete Motion 4/2021 und dankt dem Regierungsrat für eine sehr zügige Umsetzung.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Mit einer klaren Eigentümerstrategie der Zürcher Hochschulen erhalten diese nämlich genau den grösstmöglichen Freiraum, den sie benötigen, um sich am Markt behaupten zu können. Bei den Weiterbildungen, da müssen wir neue Akzente setzen, und zwar so, dass die Privaten nicht konkurrenziert werden. Was wir aber vorher hier gehört haben – und da wäre es schön gewesen, wenn die Linke, sprich SP, Karin Fehr wirklich gut zugehört hätte –, dann würde es nämlich fertig sein mit dem ganzen Zeug, mit dem Regulieren. Diese Regulierung, die Carmen Marty erwähnt hat, ist ein reines Korsett, in welchem sich die Schulen nicht mehr bewegen können. Bitte unterstützen Sie diese Vorlage, wir tun es, und sicher keine Regulierungen, sondern eher Deregulierungen. Besten Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Die Eigentümerstrategie für die Universität Zürich wird derzeit vor dem Hintergrund der bereits überwiesenen Motion Nummer 178/2018 erarbeitet. Entsprechend wurde in der Bildungsdirektion auch die Vorbereitung der gesetzlichen Grundlagen für die Eigentümerstrategien für die ZHAW, die ZHdK und PHZH anhand genommen, Sie dürfen also sehr bald in diesem Raum über diese Motion entscheiden. Gerne informiere ich Sie bei dieser Gelegenheit auch über die weiteren Arbeiten rund um diese Thematik. Sie stehen in engem Zusammenhang mit der aktuell in der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) diskutierten Vorlage 5757, die heute auch erwähnt wurde. Diese vom Regierungsrat beantragte Änderung des Fachhochschulgesetzes sieht unter anderem die Aufhebung der ZFH vor.

Die ZHAW, ZHdK und PHZH werden mit ihrer Akkreditierung und mit der beantragten Aufhebung der ZFH eigenständiger positioniert. Vor diesem Hintergrund soll die Berichterstattung der drei Hochschulen weiterentwickelt werden. Darüber hinaus wird aktuell ein Monitoring pro Hochschule aufgrund standardisierter Controlling-Instrumente geprüft, beispielsweise im Bereich des Risikomanagements. Schliesslich wird neu auch ein regelmässiges Reporting über die Qualitätsmanagementsysteme und -massnahmen der drei Hochschulen geprüft.

Unter Berücksichtigung der voraussichtlich veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen ist der Regierungsrat bereit, diese Motion entgegenzunehmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 124 : 45 Stimmen (bei 1 Enthaltung), die Motion KR-Nr. 4/2021 zu überweisen. Das Geschäft geht

an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Mensen

Postulat Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau), Nicola Siegrist (SP, Zürich), Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim) vom 29. März 2021

KR-Nr. 92/2021, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Alexander Jäger hat an der Sitzung vom 27. September 2021 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt. Der Rat hat über die Überweisung zu entscheiden.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Nach dieser Monsterdebatte zu den Schulnoten (*KR-Nr. 69a/2020*) ist schon bald Mittag und einige von Ihnen haben vielleicht schon Hunger. Viele werden sich bald verpflegen, eine völlige Selbstverständlichkeit, denn Essen ist zentral in unserem Leben. Es ist zentral für die Gesundheit, zentral für die Mitwelt, zentral für unsere Wirtschaft. Und es ist sogar zentral dabei, wie wir denken. Für eine ausgewogene Ernährung ist das Angebot entscheidend. Hier hat der Kanton nicht nur eine Vorbildfunktion, sondern meines Erachtens auch eine Pflicht, in den kantonseigenen und kantonsnahen Mensen für gute Rahmenbedingungen zu sorgen. Hier wünschen wir uns, dass der Regierungsrat schaut, wie er das Angebot individuell verbessern kann. Vielleicht schaut die Mensa in der Uni schon sehr auf den Tierschutz, könnte sich aber noch bei den saisonalen Angeboten verbessern. Vielleicht kauft die Küche des Unispitals schon sehr regional ein, könnte aber noch mehr auf Bio setzen. Vielleicht wird in den Justizvollzugsanstalten bereits sehr saisonal gekocht, dafür könnten dort die Lebensmittel aber noch zu faireren Arbeitsbedingungen eingekauft werden, ich weiss es nicht. Hier sollen individuelle Verbesserungen gesucht werden, wie das jeweilige Angebot noch besser werden kann.

Mindestens für Schülerinnen und Schüler oder Studierende soll das Angebot weiterhin möglichst finanziell attraktiv bleiben. Schön wäre natürlich auch, wenn das Ganze ohne grosse Kostenfolgen möglich wäre.

Vielleicht braucht nicht jedes Menü Fleisch, was den Preis bereits positiv beeinflussen könnte. Gleichzeitig sollen durch die Verwendung von lokalen und saisonalen Lebensmitteln die Zürcher Landwirtschaft und kantonale Start-ups im Bereich der Lebensmittelinnovation gefördert werden, liebe FDP. Durch kurze Transportwege und kürzere Lagerungszeiten beinhalten die Produkte mehr Vitamine, sind also gleichzeitig wieder gesünder. Zudem kann durch ein saisonales Angebot das Bewusstsein der Bevölkerung gestärkt werden, welche Lebensmittel zu welcher Jahreszeit wachsen. Abschliessend soll dank einem ökologischen Ernährungsangebot ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden, indem die CO₂-Emissionen reduziert werden. Stimmen Sie dem Postulat zu. Herzlichen Dank.

Alexander Jäger (FDP, Zürich): Das Postulat möchte, dass in Mensen und Cafeterien regionalere und saisonalere Produkte angeboten werden und diese dadurch mithelfen, in Zukunft nachhaltigere Nahrungsmittel in diesen Institutionen anzubieten. Erstens frage ich mich, welche Mensen die Postulanten und Postulantinnen hier im Auge haben. Welche Mensen führen keine regionalen und saisonalen Angebote? Ich weiss das einfach nicht. Es kann ja sein, dass das bereits erfüllt ist. Zweitens finde ich den Vorstoss sympathisch, er ist aber nicht notwendig. Ich glaube, man muss das Problem, das ihr lösen wollt, von einer anderen Seite her angehen: nicht mit einer Regulierung, sondern wir Menschen müssen bereit sein, für ökologische, regionale und saisonale Produkte auch mehr zu bezahlen. Das ist vermutlich aktuell nicht so der Fall, sonst würden solche Forderungen nicht kommen und das Angebot der Mensen so sein, wie ihr es wollt. Denn auch die Mensen bieten das an, was die Schülerinnen und Schüler, Studentinnen, Studenten oder die anderen Personen wollen. Sonst wird ein in der Nähe liegenden Take-away-Laden aufgesucht und man verpflegt sich dort. Es wäre interessant zu schauen, ob diese Take-aways in der Nähe ökologischere und saisonalere Angebote anbieten oder andere Qualitäten haben.

Weiter gilt es zu beachten, dass viele Mensen einen hohen Umsatz haben und sie müssen ihr Angebot nach WTO (*Welthandelsorganisation*) international ausschreiben. Da müssen dann die Parameter so gewählt werden, dass ihre Punkte, zertifiziertes Fleisch oder Bioprodukte, dort auch erwähnt werden, «regional» geht da nicht. Mit der neuen Vergabeordnung ist das besser möglich – die werden wir ja nächstens hoffentlich beschliessen –, und ich denke auch, dass die Bildungsdirektion das dann auch ohne diesen Vorstoss machen wird.

Noch als kleiner Hinweis für die Bildungsdirektion, wie sie es machen könnte, wenn der Vorstoss dann ja vermutlich durchkommt. Und zwar haben wir ja gehört, Astrid Furrer hat in der Debatte über die Noten (*KR-Nr. 69a/2020*) einen Artikel in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» erwähnt, «Benotung des Pausensnacks», wonach die Schülerinnen und Schüler in wissenschaftlichen Untersuchungen die gut benoteten Pausensnacks wollten. Das wäre eine Idee für die Bildungsdirektion, wie man das Problem auch angehen könnte: gute Noten für saisonale regionale und nachhaltige Produkte.

Fazit: Wir brauchen keine neuen Regulierungen. Wir brauchen Taten, insbesondere durch uns Konsumentinnen und Konsumenten.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Ich weiss nicht was das ist: ein Rohrkrepierer – ich habe dann nach Synonymen gesucht – oder ein Blindgänger? Aber es ist sicher nichts Gescheites, was hier verlangt wird. Und wenn es dann noch von der SVP verlangt wird, einer sogenannten bürgerlichen Partei, welche hier kommt und staatliche Eingriffe verlangt, dann frage ich mich langsam schon und sage: Ich bin auf dem richtigen Weg, dass ich da ausgetreten bin. Ja, das kann es doch nicht sein, dass man jetzt quasi noch eine staatliche Stelle verlangt, welche die Menüpläne in der Schule kontrolliert, Herr Walder. Ja, das verlangt ihr, lest doch euren Text! Ihr wollt, dass es noch Polizisten gibt, die kontrollieren, wie die Menüpläne an den Zürcher Schulen zusammengestellt werden. Und dann sehe ich das auch noch von Nicola Siegrist: Nicola Siegrist der JUSO verlangte einen Polizisten. Ich komme nachher noch, nachdem du gesprochen hast. Nein, Entschuldigung, ich erlaube mir zu sagen: Das kann es nicht sein. Also da können Sie noch vorher Tampons und andere Menstruationsartikel abgeben (*KR-Nr. 126/2021*), bevor Sie so einen Stumpfsinn verlangen (*Zwischenrufe aus den Reihen der Grünen Fraktion*). Essen ist zentral, das ist richtig. Herr Forrer (*Thomas Forrer*), ja, es ist Stumpfsinn. Das ist sehr anständig, denn die Kinder und die Jugendlichen und die Studenten in den Universitäten, in den Schulen, die suchen sich ihr Menü selber aus heutzutage, wenn Sie vom Vater Forrer nicht mehr eine Menü-Box mitkriegen. Die suchen sich ihr Menü selber aus, und wenn es in der Mensa nicht gut ist, dann gehen sie nicht in die Mensa, und dann nachher ist die Mensa defizitär. Und so funktioniert es in einem normalen Unternehmen und so soll es auch im Staate Zürich funktionieren, wo diese Mensen noch massivst, aber massivst subventioniert werden. Zumindest sollen der Klient und die Klientin entscheiden können, was und wie sie essen wollen. Und wenn es eben nicht gut ist, dann gehen sie nicht hin, aber es

braucht nicht noch vorgeschriebene Menüpläne, wie Sie das verlangen, Herr Walder.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Da die Diskussion zu den Schulnoten etwas Wissenschaftlichkeit missen liess, zitiere ich nun aus dem Bericht des Weltklimarats zu Klimawandel und Boden von 2019, Zitat: «Eine ausgeglichene Diät, die pflanzenbasierte Nahrungsmittel enthält, wie Getreide, Hülsenfrüchte, Nüsse oder Samen, sowie tierische Lebensmittel, die in widerstandsfähigen, nachhaltigen und treibhausarmen Systemen erzeugt werden, bietet grosse Chancen für die Anpassung an den Klimawandel und die Eindämmung des Klimawandels und bringt gleichzeitig erhebliche Vorteile für die menschliche Gesundheit.» Oder, um ebenfalls von 2019 Hans-Otto Pörtner zu zitieren, ein deutscher Ökologe und Klimawissenschaftler, Zitat: «Wir wollen den Menschen nicht sagen, was sie zu essen haben, aber es wäre tatsächlich nützlich, sowohl fürs Klima wie auch für die menschliche Gesundheit, wenn die Bevölkerung in vielen reichen Ländern etwas weniger Fleisch konsumieren würde und wenn die Politik» – man höre – «dafür die angemessenen Anreize schaffen würde.» Das sind zurückhaltende Formulierungen. Ich sage es etwas klarer: Die Schweiz hat sich mit dem Global Methane Pledge dazu bekannt, die Methan-Emissionen bis 2030 um mindestens 30 Prozent zu reduzieren, und bis spätestens 2025 müssen die Treibhausgasemissionen weltweit endlich zu fallen beginnen, wenn das 1,5-Grad-Ziel von Paris (*Klimaübereinkommen von Paris*) noch erreicht werden soll. Und es steht ausser Frage, dass sich unsere Ernährung ändern muss, um auf die grösste Bedrohung für die Menschheit reagieren zu können. Aber wehe – wehe! – jemand wagt es, den Sonntagsbraten infrage zu stellen: «Finger ab de Späckröschi!», wie vermutlich gewisse sagen würden. Ich habe die bereits begonnene Diskussion wirklich satt. Die Formulierungen meines Vorredners haben das intellektuelle Niveau dieser Diskussion gezeigt.

Das Postulat schlägt wohl die gemässigtste Forderung in Bezug auf Mensen, Kantinen und Cafeteria vor. Wenn das sogar den selbsternannten Liberalen zu weit geht, dann können Sie auch gerade sagen, dass Sie keine Lust haben, die Probleme dieser Welt lösen zu wollen, es wäre wenigstens ehrlich. Die SP-Fraktion empfiehlt, das Postulat zu überweisen. Herzlichen Dank.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Bedenkt man, dass unsere Ernährung für rund 30 Prozent der Umweltbelastung und 20 Prozent der Treibhausgas-Emissionen unseres Konsums verantwortlich ist, ist es wichtig,

dass die Lebensmittelproduktion möglichst umweltverträglich erfolgt. Der Kanton hat hier eine Vorbildfunktion einzunehmen. Obwohl bei den Submissionen zur Verpflegung meines Wissens schon heute Wert auf nachhaltige Verpflegung gelegt wird, schadet es sicher nicht, wenn der Kanton nochmals genauer hinschaut, wie genau dies in die Ausschreibungen einfließt und ob dabei noch Verbesserungen in Richtung nachhaltige Ernährung möglich sind.

Direkt lokale Lebensmittel einzukaufen, wie im Postulat gefordert, entspricht wohl nicht den Submissionsmöglichkeiten, wie Alexander Jäger auch schon korrekt ausgeführt hat. Mit konkreten Nachhaltigkeitskriterien kann jedoch ein lokales und saisonales Angebot bevorzugt werden. Mit staatlichen Eingriffen hat dies jedoch nichts zu tun, sondern einfach mit smarter Ausschreibung und dann mit Wettbewerb. Beispielsweise kann und soll auf Lebensmittel verzichtet werden, die per Flugzeug transportiert werden oder in fossil beheizten Gewächshäusern produziert werden. Beides kann in einer Ausschreibung problemlos gefordert werden. Es sind direkt klimawirksame Massnahmen, die zudem die lokale Lebensmittelherkunft indirekt fördern. Zudem können ökologische Labels verlangt werden, was ebenfalls der Schweizer Landwirtschaft und dem Klima nützt. Im Folgenden ein paar Ideen, wie nachhaltige Kriterien in eine Ausschreibung einfließen können: zum Beispiel IP-Suisse-Produktion als Mindestanforderung – IP Suisse erfüllt teilweise sogar höhere Anforderungen als europäische Bio-Labels – oder Auslaufmöglichkeiten und tierfreundliche Stallsysteme bei der Tierhaltung als Muss-Kriterien, also RAUS oder BTS oder eben gleichwertige Tierstandards oder Labels gemäss der WWF-Label-Empfehlung, zum Beispiel mindestens empfehlenswerte Labels, wie Seafood oder ähnliches. Dies kann als Mindeststandard gefordert werden oder Mindestanteil von solchen Labels am Gesamtsortiment. Oder man stellt ganz allgemein auf einen höheren Anteil pflanzlicher Ernährung um. Nicht zuletzt ist jedoch auch eine ausgewogene und gesunde Ernährung wichtig.

Der Regierungsrat nimmt das Postulat entgegen. Auch die Grünliberalen überweisen es. Besten Dank.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Wir wünschen uns mehr Nachhaltigkeit und Ökologie, das ist eine gute Sache. Dieses Postulat zeigt eine Möglichkeit auf, diesen beiden Anliegen mehr Gewicht zu verleihen und sie auch ganz praktisch umzusetzen, wenigstens in kantonseigenen Mensen. Transportwege sollen nach Möglichkeit minimiert werden, die Produktion der Lebensmittel nachhaltig sein. Nachhaltigkeit ist

im Übrigen nicht an ein Label gebunden. Die Umsetzung dieses Postulates soll das Bewusstsein der Mensenbesucher- und -besucherinnen dafür schärfen, was «saisonal» und «regional» wirklich bedeutet. In unseren Regionen wachsen zum Beispiel keine Avocados, Mangos, Kokosnüsse oder Erdbeeren im Februar. Dafür haben wir, nebst Erdbeeren im Spätfrühling, Aprikosen, Birnen und vieles mehr sowie eine grosse Gemüsevielfalt, gewachsen und produziert in unserem Land, sowie Milch, Milchprodukte, Fleisch und anderes.

Wichtig ist aber auch die Art der Fleischproduktion. Es kann nicht sein, dass wir unseren Bauern Vorschriften zur Tierhaltung bis ins Detail machen und dann günstiges Fleisch aus dem Import auftischen oder gar ins nahe Ausland fahren, um unter anderem Fleisch einzukaufen. Besser ist es zu wissen, woher das Fleisch auf dem Teller kommt und wie die Tiere gehalten worden sind. Das kostet sicher mehr, aber mit einem intelligenten Menüplan kann das aufgefangen werden, um es auch für die Studierenden bezahlbar zu halten. Reden wir nicht immer nur von Nachhaltigkeit, Regionalität oder Saisonalität, setzen wir das jetzt ganz praktisch um. Gerade in der heutigen Zeit bekommt die Inlandproduktion von Lebensmitteln ein ganz neues Gewicht. Krieg, Umweltkatastrophen und Energieknappheit setzen uns allen zu, auch der öffentlichen Hand. Am Beispiel der Erdbeeren zeigt es sich deutlich, wie heuchlerisch wir vielfach sind: Die Erdbeerenproduktion zum Beispiel in Spanien oder Portugal entzieht dort der Bevölkerung, aber auch ganzen Naturreservaten das lebenswichtige Wasser. Ganze Landstriche veröden, Menschen und Tiere leiden. Und wir? Wir essen Erdbeeren im Februar, ohne auch nur einen Gedanken daran zu verschwenden, wie und wo diese produziert worden sind. Das Gleiche gilt auch für vieles anderes, das mit einer grossen Selbstverständlichkeit das ganze Jahr zur Verfügung steht, wie nochmals: Avocados, Bananen, Ananas, Kokosnuss und Kokosnussmilch, aber auch Soja- und Reismilch und vieles mehr, und dies alles zu Dumpingpreisen. Übrigens, wir alle – nicht nur der Kanton als Institution – können einen Beitrag leisten, um die nachhaltige und regionale Lebensmittelproduktion zu fördern. Worte sind schön, Taten sind besser. Die SVP unterstützt dieses Postulat.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Die Erdbeeren, die mitten im Winter aus den spanischen Plastikwüsten kommen, hat meine Vorrednerin bereits erwähnt. Sie hat eigentlich schon vieles vorweggenommen. Da gibt es noch die mexikanischen Flug-Spargeln im Februar, die Kartoffeln – die Kartoffel ist übrigens ein Produkt, das zum grössten Teil aus Wasser besteht –, die dann aber immer wieder jedes Jahr aus

Ägypten kommen, oder der Schnittlauch aus Äthiopien. Dann gibt es weiter Fleisch von Kälbern und Rindern, die nie auf einer grünen Wiese gestanden sind, oder Eier von Hennen, die nicht wissen, was natürliches Sonnenlicht ist. Das sind nur wenige Beispiele von Produkten in der Schweiz, die trotz umfassendem Nachhaltigkeitsgeschwätz immer noch mit konstanter, jährlicher Regelmässigkeit an der vordersten Ladenfront angeboten werden, alles Produkte, die entweder nicht regional, nicht saisonal, nicht tierfreundlich, nicht ressourcenschonend oder gleich alles zusammen nicht sind, alles Produkte, die wir auch nicht wirklich brauchen. Die Schweiz hat nämlich selber das Potenzial, mit einer nachhaltigen Produktion den Selbstversorgungsgrad markant zu erhöhen. Dazu gehören allerdings die Reduzierung von Foodwaste und eine gesunde Ernährung aus lokalen und saisonalen Lebensmitteln. Da braucht es aber noch viel Aufklärung und Information zu diesem Thema.

Nun, natürlich bin ich dezidiert der Meinung, dass in einem freiheitlichen Land jede und jeder essen soll, was sie oder er will, was ihrer oder seiner Gesundheit förderlich ist und – besonders wichtig – was mit ihrem oder seinem ethischen Kompass vereinbar ist. Selber esse ich auch gerne ein gutes Stück Fleisch, vorzugsweise natürlich vom eigenen Hof. Es ist aber auch so, dass das Konsumverhalten nicht nur vom eigenen Willen, sondern ebenso vom verfügbaren Angebot abhängig ist. Und da kommen wir zum vorliegenden Postulat: Staatliche oder staatsnahe Betriebe haben auch im Ernährungsbereich eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion, die sie auch wahrnehmen müssen. Und kommen Sie mir jetzt nicht mit dem Kosten-Argument. Nachhaltige und gesunde Ernährung kostet nicht mehr, langfristig schon gar nicht. Die Schweiz hat heute die tiefsten Lebensmittelkosten Europas im Verhältnis zum Lohnniveau. Ein durchschnittlicher Haushalt gibt gerade mal 7 Prozent für Nahrungsmittel aus; möglich, dass es in diesen Zeiten wieder etwas mehr wird, aber ein wenig mehr Wertschätzung für gutes und gesundes Essen ist wichtiger denn je. Die Mitte stimmt dem Postulat zu.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste unterstützt dieses sympathische Postulat. Regional und saisonal ist immer gut. So profitieren die zürcherischen Produzentinnen und Produzenten von Nahrungsmitteln wie auch ein Stück weit die Umwelt, weil die Betriebswege kürzer sind. Dass auch weniger tierische Produkte in unseren Mensen aufgetischt werden sollen, tönt ebenfalls sehr gut. So ist die

aktuelle Fleischproduktion nicht unbedingt tierfreundlich und sehr umweltschädlich.

Wir unterstützen die Überweisung des Postulates aber nur mit einigen kritischen Bemerkungen: Angesichts des hohen Pestizid-Einsatzes der Schweizer Landwirtschaft fragen wir uns, wie nachhaltig die hiesige konventionelle Nahrungsmittelproduktion ist. Vielmehr müsste unserer Meinung nach die biologische Landwirtschaft gefördert werden. Auch würde ich als Gewerkschafterin die Arbeitsbedingungen von Landarbeiterinnen und -arbeitern nicht als sozial nachhaltig einstufen. So verdient im Kanton Zürich eine saisonale Arbeitskraft bei einer Fünfeinhalb-Tage-Arbeitswoche und einer täglichen Arbeitszeit von zehn Stunden einen Monatsbruttolohn von 3320 Franken. Die Abzüge für Unterkunft und Verpflegung können bis zu 990 Franken pro Monat betragen. Hinzu kommen die Abzüge für die Sozialversicherungen. Da bleibt nicht mehr viel Lohn übrig. Wir sprechen hier von einem Netto-Monatslohn von unter 2000 Franken.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon) spricht zum zweiten Mal: Ich mache es kurz: Es ist sehr erfreulich, dass wir Grünen in diesem Thema eine so grosse Schnittmenge mit der SVP und der Mitte haben. Wir hoffen natürlich, dass wir diese in Zukunft beibehalten können.

Noch zu Herrn Amrein: Sie sind ja ein sehr belesener Mensch und ein sehr schlauer Mensch, aber offensichtlich haben Sie hier etwas missverstanden. Wir fordern einen Postulatsbericht zum Verbesserungspotenzial und nicht mehr, also keine Polizei und keine Einschränkung der Wahlfreiheit.

Und noch zu Frau Stofer: Das ist uns ebenfalls wichtig. «Nachhaltigkeit» ist ein weiter Begriff. Es soll eben individuell geschaut werden, wo man was noch verbessern kann, sei es regional, saisonal, Bio, Fleischkonsum, Arbeitsbedingungen und so weiter. Herzlichen Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Vielen Dank für das Wort, dass sie mir erteilen. Kantonseigene Verpflegungsbetriebe sind bereits in vielfältiger Weise aktiv. Justizvollzugsanstalten verwenden zum Teil Produkte aus eigener Produktion. Der Strickhof verpflichtet sich mit dem Label «Culinarium», in seiner Gastronomie hochwertige landwirtschaftliche Produkte aus der Region zu beziehen sowie Produkte aus dem eigenen Anbau zu verwenden. Aber auch kantonsnahe Betriebe setzen entsprechende Massnahmen um. So arbeitet das Universitätsspital jährlich neue Nachhaltigkeitsziele in den Bereichen Beschaffung und Foodwaste aus, um die Umweltbelastung zu vermindern. Bei den

Mensenbetreibern gehört nachhaltige und ausgewogene Ernährung zu den strategischen Zielen. Beschaffungspolitik und Verpflegungsgrundsätze legen unter anderem fest, wann immer möglich Obst und Gemüse sowie Milchprodukte, Eier und Fleisch ausschliesslich aus der Schweiz zu verwenden. Der Betrieb der Mensen im Bereich Hochschule ist in deren Nachhaltigkeitsstrategie eingebettet. Dabei wird in einem breiten Betriebsverständnis die gesamte Kette von Produktion, Transport, Verarbeitung und Konsum in den Blick genommen. Unter der Leitung der Baudirektion wurde ein Projekt zum Thema nachhaltige Ernährung gestartet. Einbezogen sind relevante Fachstellen und Verpflegungsbetriebe. In einem ersten Schritt wird ein Leitbild erarbeitet, daraus abgeleitet entsteht dann der Aktionsplan. Dessen Ziele sollen bis 2030 umgesetzt werden. Weiter wird im Rahmen eines Massnahmenplans zur Verhinderung der Treibhausgase eine Reduktion der Klimawirkung der Verpflegungsbetriebe des Kantons Zürich angestrebt.

Die nachhaltige Gestaltung des Verpflegungsangebotes ist eine Daueraufgabe, und entsprechend gilt es Verbesserungspotenzial auszuschöpfen. Der Regierungsrat ist daher bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 130 : 29 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das Postulat KR-Nr. 92/2021 zu überweisen.

Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Mehr Studienplätze für Humanmedizin in Zürich

Motion Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), Bettina Balmer-Schiltknecht (FDP, Zürich), Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), Esther Straub (SP, Zürich), Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa) vom 29. März 2021
KR-Nr. 125/2021, RRB-Nr. 689/23. Juni 2021 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Motion nicht zu überweisen. Der Rat hat zu entscheiden.

Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch): Ich freue mich riesig, Ihnen heute meine erste Motion vorstellen zu dürfen. Es handelt sich hier um eine

Herzensangelegenheit, um einen Wunsch, von dem ich überzeugt bin, dass die meisten von Ihnen sich meinen Gedanken anschliessen und entgegen der Meinung der Regierung diese Motion überweisen werden. Es ist ein Anliegen, welches parteiübergreifend auf grosse Zustimmung gestossen ist. Mein grosser Dank gilt vorab Bettina Balmer und Esther Straub für die intensive Mitgestaltung.

Zuerst vielleicht noch drei persönliche Beweggründe von mir, weshalb ich das Gefühl hatte, diese Motion schreiben zu müssen, weshalb ich denke, dass wir mehr Ärzte ausbilden müssen: Ich hatte vor vielen Jahren ein ungutes Erlebnis, als ich meine kleine Tochter mit grossen Schmerzen in ein Stadtspital brachte. Ich hatte sprachliche Verständigungsschwierigkeiten mit dem behandelnden Arzt. Und Sie können sich vorstellen, wenn es um die Gesundheit des eigenen Kindes geht, dann hört es auf, lustig zu sein. Meine Tochter ist jetzt erwachsen, hat die BMS (*Berufsmittelschule*) gemacht, die Passerelle steht an. Sie möchte – es ist ein Kindheitswunsch von ihr – Ärztin werden wie ihr Vater. Sie wird aber nicht gleich studieren können, sie wird zuerst noch einen Numerus clausus ablegen müssen. Und wenn es dann nicht klappt, dann war's das halt. Dann noch: Vor etwa zwei Jahren hatte ich ein Gespräch mit einer Kundin von mir. Sie ist Deutsche, sie ist Chirurgin, kam frisch in die Schweiz. Sie arbeitet in einem nahe gelegenen Spital, ist sehr glücklich auch über die Arbeitsbedingungen. Aber hat sie gesagt, sie finde es erbärmlich – ja, sie sagte «erbärmlich» –, dass die Schweiz nicht genügend Ärzte ausbildet.

Okay, um was geht es in dieser Motion? Die Ausbildungskapazität der Humanmedizin ist ein wesentlicher Faktor für die zukünftige Gesundheitsversorgung der Schweiz. Im Jahr 2021 haben sich 1251 junge talentierte Gymiabgänger für das Medizinstudium in Zürich angemeldet. All diese jungen Leute möchten sich gerne in den Dienst der Menschen stellen und Ärztin oder Arzt werden. Das ist hervorragend, nicht zuletzt, weil der Ärztemangel bei uns gravierend ist. Studien haben gezeigt, dass vor allem die Hausarztpraxen in den nächsten zehn Jahren bald verwaist sein werden.

Die Regierung selbst schreibt in ihrer Stellungnahme zu dieser Motion, dass ein allgemeinesgesellschaftlicher und gesundheitspolitischer Konsens bestehe, dass die Schweiz nicht genügend Ärztinnen und Ärzte ausbildet. Im Zuge einer Reform sei sogar geplant, besonders die Hausarztmedizin in Zukunft zu fördern. Schön, die Nachfolgerinnen und Nachfolger, die diesen Beruf erlernen, wie eingangs erwähnt, wären ja eigentlich in den Startlöchern. Einziger Haken bei der Sache ist, dass

wir knapp 300 Studienplätze – plus etwa 80 für Luzern und Sankt Gallen – für die Humanmedizin anbieten. Das bedeutet, dass Hunderte von Jugendlichen überzählig waren. Sie werden sich wohl oder übel einen anderen Studiengang aussuchen müssen und somit eine andere Berufung finden. Und wenn uns seitens der Regierung gesagt wird, dass in den letzten 13 Jahren bereits ein Ausbau der Studienplätze erfolgte, dann ist das einfach zur Kenntnis zu nehmen, mehr aber auch nicht, weil es irrelevant für den aktuellen Missstand ist. Und auch wenn der Bund einen Ausbau der Masterabschlüsse plant und gesagt wird, dass die UZH (*Universität Zürich*) doch mit den bestehenden Plätzen massgeblich beteiligt sei, dann sagen wir ebenfalls Nein, denn ganz offensichtlich genügt es nicht.

So, und wem genau stehen wir also vor der Sonne? Wer dieser jungen Menschen wird sich beruflich umorientieren müssen? Ja, das muss «ausgesiebelt» werden, eben durch einen Eignungstest, den Numerus clausus, so können die Medizinstudienanwärterinnen und -anwärter reduziert werden; ein Test, notabene, welcher nicht etwa speziell medizinisch-naturwissenschaftliches Grundverständnis erfordert, nein, vielmehr werden unter anderem zum Beispiel Musterformen, Schlauchfiguren, welche zugeordnet werden müssen, geprüft. Empathische und soziale Kompetenzen, die für Ärztinnen und Ärzte eine essenzielle Voraussetzung wären, spielen hingegen hier eine untergeordnete Rolle. Aber egal, wir halten fest: Obwohl das Medizinstudium zu den beliebtesten Studiengängen in der Schweiz gehört und es mehr als genügend Schweizer Studierende hätte, die sich medizinisch ausbilden lassen möchten, weisen wir sie ab. Nach Abschluss der Ausbildung würden sie jedoch auf dem Arbeitsmarkt hier dringend gebraucht. Aber abgesehen davon, dass ihnen nun der Wunschberuf verwehrt wird, besetzen wir die offenen Stellen dann einfach mit Fachpersonal aus dem Ausland, Personal, welches notabene in den Ursprungsländern ebenfalls dringend gebraucht würde. Das ist ein unschöner, ja, unbefriedigender Zustand. Bildung, dem wichtigsten Gut und Rohstoff der Schweiz, wird hier eindeutig zu wenig Rechnung getragen.

Medizinische Studienplätze sind kostenintensiv, aber an diesen Ressourcen sollte auf keinen Fall gespart werden. Das wurde ja nicht zuletzt während der Pandemie (*Corona-Pandemie*) sehr deutlich. Für eine Kapazitätserhöhung von 72 Studierendenplätzen wird mit Nettokosten von 9,5 Millionen Franken gerechnet. Diese Zahl ist zu hinterfragen, und innovative Ideen sollten erarbeitet werden. In Zeiten der Digitalisierung können wir davon ausgehen, dass es genügend Hörsäle gibt.

Platzbedarf kann auch mit kostengünstigen Bauten gedeckt werden oder mit Optimierung der bestehenden Lokalitäten. Kleingruppenunterricht muss mit den heutigen technischen Möglichkeiten sicher auch nicht in jedem Fall durchgeführt werden und es können auch Vorlesungen, ohne die Qualität zu mindern, von günstigeren Dozenten gehalten werden. Ein verträglicher Kostenrahmen ist möglich. Kurzfristig gedacht, scheint es zwar als einfachere Lösung zu erscheinen, Ärzte aus dem Ausland einzustellen. Die Folgekosten, welche durch sprachliche und kulturelle Differenzen erfolgen können, werden hier jedoch – leider – ausgeblendet. Und dann mutet es doch irgendwie komisch an, wenn wir die offenbar kostspielige Ausbildung dem Ausland überlassen und dann wie Rosinenpicker das medizinische Personal importieren. Dieses lässt sich hier nieder, was ja ebenfalls finanzielle Folgen und Konsequenzen mit sich bringt, was in dem Fall nicht wirklich nötig wäre.

In einer frühen Stellungnahme der Regierung liest man, dass die UZH ihre Verantwortung für die Ausbildung von ärztlichem Personal wahrnimmt und einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheitsversorgung der Schweiz leistet. Nun, nicht wirklich, wie wir meinen, es ist einfach ungenügend. Die Abschlusszahlen in Humanmedizin sollen in Zukunft definitiv höher sein, und wir fordern deshalb eine Aufstockung der medizinischen Ausbildungsplätze an der Universität Zürich.

Die Mitte-Fraktion und ich selbstverständlich danken dem Kantonsrat für die tatkräftige Unterstützung unserer Motion und dem Regierungsrat dann für die Umsetzung. Besten Dank.

Bettina Balmer-Schiltknecht (FDP, Zürich): Wenn die Regierung in der ablehnenden Antwort der Motion von einer Verdoppelung der letzten Erhöhung spricht, könnte man den Eindruck erhalten, es würden von uns Hunderte von zusätzlichen Studienplätzen der Humanmedizin an der Universität Zürich gefordert. Das ist natürlich nicht der Fall. Wir sprechen hier von nochmals 72 zusätzlichen Studienplätzen, also sozusagen einem Tropfen auf den heissen Stein. Und dieser Stein ist wirklich heiss, denn die Schweiz hat im Vergleich zum umliegenden Ausland eine deutlich höhere Quote an ausländischen Ärzten als die umliegenden Länder. Gerne verweise ich dazu auch auf unser Postulat zur Hausarztmedizin 367/2021. Dort haben wir in der Begründung für eine bedarfsgerechte Planung der Hausärztinnen und Hausärzte festgehalten, dass auch der Umstand berücksichtigt werden muss, dass zurzeit in der Schweiz mit 37,4 Prozent ausländischen Ärzten überdurchschnittlich viele Ärzte mit ausländischem Arzt Diplom arbeiten, verglichen mit

den anderen Ländern, wo sich dieser Anteil zwischen 4,9 und 11,5 Prozent bewegt. Diesen Braindrain finden wir falsch. Und wir finden es auch falsch, dass auf lokale Gegebenheiten nicht mehr Rücksicht genommen wird. Es ist eine Binsenwahrheit, dass 80 Prozent der Diagnosen dank einer vernünftigen Anamnese gestellt werden, also einem Gespräch zwischen Patient und Arzt. Stellen sie sich vor: Wenn die Patientin von ihren «Finken» spricht und die Hausschuhe meint, der junge deutsche Assistenzarzt aber glaubt, die Patientin würde nach Vögeln rufen und befinde sich in einem Wahnzustand. Diese Geschichte wurde uns anlässlich der letzten Kommissionsreise mit der KSSG (*Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit*) von einem Chefarzt einer Rehabilitationsklinik als lustige Anekdote geschildert, kann aber, falls die Fehlinterpretation nicht aufgelöst wird, zu einer falschen Wendung in der medizinischen Behandlung führen. Diese Geschichte steht stellvertretend für viele Irrtümer, die aufgrund kleiner kultureller Unterschiede in der Medizin effektiv geschehen können und zu Fehlern führen, die wir dann alle mit unseren Krankenkassenprämien teuer bezahlen und – noch schlimmer –, die dann vor allem den Patienten schaden. Die Regierung spricht von zusätzlichen Kosten. Ich habe da Zahlen gelesen von 9,5 bis 16 Millionen Franken für die geforderten weiteren Studienplätze. Ja, das ist viel Geld, aber die Bevölkerung wächst. Wir wollen und können uns ein gutes Gesundheitswesen leisten. Und selbst mit nochmals 72 zusätzlichen Schweizer Ärzten werden wir weiterhin viele Ärztinnen und Ärzte aus dem Ausland benötigen, um den Bedarf abzudecken, zumal der Beruf immer weiblicher wird, viele Ärzte und Ärztinnen Teilzeit arbeiten und nicht mehr bereit sind, 80 Stunden pro Woche zu arbeiten. Dann wird seitens der Regierung argumentiert, dass personelle und räumliche Ressourcen fehlten. Auch dazu haben wir von meiner Vorrednerin gehört, dass man diese Argumente relativ leicht entkräften kann; ich gehe nicht mehr im Detail darauf ein.

Zusammengefasst sehe ich keinen Grund, wieso die Regierung nicht bereits heute vorausschauend mehr Kapazitäten im Gesundheitswesen aufbaut für die Generation der Babyboomer, die alt wird und medizinische Behandlung brauchen wird, für die höchste Anzahl Geburten seit Jahren, die wir 2021 in der Schweiz hatten, und für Krisenfälle wie die Corona-Pandemie. Auch wenn wir im Zusammenhang mit der Pandemie vor allem gehört haben, dass die Pflege da am Limit war. Ich kann Ihnen sagen, den Ärzten auf der Intensivstation ging es nicht besser. Wir müssen heute die Weichen stellen. Die Planung im Gesundheitswesen ist mittel- bis langfristig und es braucht Zeit, bis wir gute Ärzte

ausgebildet haben, die dann ihrerseits die nächste Generation ausbilden können.

Überweisen Sie also die Motion. Es ist dringend nötig, dass die Regierung einen konkreten Plan ausarbeitet, wie 72 zusätzliche Studienplätze an der Universität Zürich bewältigt und diese Kosten getragen werden können. Wenn dabei das Medizinstudium als solches auch gerade noch revolutioniert wird, umso besser, denn das wäre definitiv ebenfalls nötig.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Mangel, Überbelastung, von weit herkommend – es ist nicht so, dass hier in Zürich ein Mangel an Wille und Interesse an einem Medizinstudium bei jungen Leuten erkennbar ist, nein, ganz im Gegenteil: Es besteht ein Mangel an Studienplätzen. Rund fünfmal mehr Medizinstudienanwärterinnen und -anwärter wollen Ärztin oder Arzt werden, als dass Studienplätze vorhanden sind. Wie können wir uns glücklich schätzen, denn gut ausgebildete, motivierte und im Dienste kranker Menschen arbeitende Personen sind der Garant für eine qualitativ hohe Gesundheit von uns Menschen in der Schweiz.

Es herrscht ein klarer Mangel an Ärztinnen und Ärzten bei uns, unter anderem, aber vor allem auszumachen in der Hausarztmedizin. Neuere Zahlen zeigen aber auch bei der Psychiatrie, bei Kinder- und Jugendärzten sowie Gynäkologen das gleiche Bild. Politisches Bestreben, eingereicht in verschiedenen Anträgen hier im Kantonsrat, bewegt sich dahin, dass die Menschen nur mit schwerwiegenden Beschwerden einen Notfall aufsuchen sollen. Getrieben sind diese Forderungen auch durch die Kosten. Dieses Bestreben wird mit einem immer grösseren Aufwand in der Hausarztmedizin mit Füßen getreten. Wenn Menschen krank sind, möchten sie mit ihrem Arzt sprechen können; erstens, weil sie wieder gesund werden wollen, und zweitens, weil sie aufgrund ihrer Arbeitstätigkeit eventuell stark unter Druck stehen. Wenn der Hausarzt tagelang keine Zeit hat, weil seine Agenda sowieso schon überfüllt ist, gehen die Menschen dann doch ins Spital auf den Notfall. Es ist an der Zeit, dieser Negativspirale Einhalt zu gebieten. Es ist nicht akzeptierbar, das wird in Situationen geraten, bei welchen die Medizin bei Diagnosestellung für die Behandlung bereits sehr – wenn nicht zu – spät ist. Hier geht es also um zusätzliche Studienplätze für angehende Ärztinnen und Ärzte und um ihre Arbeitssituation. Aber – und das ist ganz entscheidend – es geht auch um uns alle. Die Folge dieser Situation aus Sicht der Ärzteschaft: Immer weniger Personen machen immer mehr Arbeit, eine wichtige Arbeit. Diese Arbeit ist nicht einfach, denn sie ist

teilweise enorm belastend, sowohl physisch wie psychisch. Zusätzlich besteht eine nicht geringe Gefahr, dass mit Stress, Nicht-Verstehen und Übermüdung Fehler passieren. Rekrutierte Ärztinnen und Ärzte aus dem nahen und fernen Ausland geben alles. Sie wollen, nur haben sie oft inhaltlich andere Ausbildungen, sprechen andere Sprachen und kommen aus anderen Kulturkreisen. Diese Schwierigkeiten, gekoppelt mit Stress und Druck, zeigen die auf der Hand liegende Problematik klar auf. Zusätzliche Studienplätze sind dringend notwendig. Wer dies anders oder nicht sieht, benötigt eine Brille. Die GLP-Fraktion überweist die Motion.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Die Schweiz leistet sich ein gutes und ein teures Gesundheitswesen. Im weltweiten Ländervergleich weist unser Land eine der höchsten Ärztedichten auf. Im interkantonalen Vergleich fällt der Kanton Zürich, wie die übrigen Kantone mit einem Universitätsspital, mit einer überdurchschnittlich grossen Anzahl an Ärztinnen und Ärzten auf. Seit Jahren sind immer etwa rund 45 Prozent der Ärztinnen und Ärzte im Spital und rund 55 Prozent im Privatsektor tätig. Die Ärzteschaft wächst deutlich schneller als die Bevölkerung. Ist die Schweizer Bevölkerung seit 2004 um rund 20 Prozent gewachsen, haben wir heute über 40 Prozent mehr Ärztinnen und Ärzte als damals. Das NZZ-Magazin sprach genau deswegen 2017 bereits vom «Mythos Ärztemangel». Gemäss FMH-Ärztestatistik 2021 (*Berufsverband der Schweizer Ärztinnen und Ärzte*) stammen von den 39'000 berufstätigen Ärztinnen und Ärzten 38,4 Prozent aus dem Ausland, rund die Hälfte aus Deutschland, ein weiterer knapper Viertel aus Italien, Frankreich und Österreich. 2014 lag dieser Wert noch bei rund 30 Prozent.

Auch wir Grüne finden diesen Braindrain für andere Länder nicht optimal. Die FMH sprach im Juli 2020 in ihrer Ärztezeitung das Problem der medizinischen Überversorgung an. In einer Studie, die 2012 von der Akademie der Medizinischen Wissenschaften in Auftrag gegeben wurde, war für die Schweiz von einer medizinischen Überversorgung von 20 bis 30 Prozent die Rede. Die Gesundheitsdirektion geht jedoch in ihrem Strukturbericht zur Spitalplanung 2023 von keiner Überversorgung in unserem Kanton aus. Hingegen nimmt sie eine weitere Nachfragesteigerung nach spitalmedizinischen Leistungen an, bis 2032 spricht sie von rund 20 Prozent.

Bund und Kantone haben in den letzten Jahren einiges unternommen, um die Ausbildungsplätze in der Humanmedizin zu erhöhen. Der Bund hat dazu 2011 die Strategie gegen den Ärztemangel formuliert. Aus der

Antwort des Zürcher Regierungsrates geht deutlich hervor, welche Bemühungen zur Steigerung der Anzahl Ausbildungsplätze in der Humanmedizin erfolgt sind. Hinter diesen gezielten Anstrengungen von Bund und Regierungsrat stehen wir Grüne. Ebenso begrüßen wir die Ausbildungskooperation mit der ETH und anderen Universitäten. Ganz wichtig ist uns zudem die Förderung der Hausarztmedizin, denn nur sie garantiert uns eine sehr wohnortnahe medizinische Grundversorgung. Unter den Gesundheitsdienstleistern orten wir Grüne weitere Koordinations- und Kooperationspotenziale. Ebenso sehen wir in der weiteren Ambulantisierung und einer besser abgestimmten Arbeitsteilung zwischen Ärzteschaft und Pflegepersonal zusätzliche Entlastungspotenziale. Die Pflegefachpersonen müssen wie von der Pflegeinitiative und nun auch vom Bundesrat verlangt, nun endlich gewisse Leistungen direkt abrechnen können. Zusätzlich sind für uns sämtliche Fehlanreize für unnötige Mengenausweitungen zu beseitigen. Die Fallpauschalen sind uns in dieser Hinsicht mehr Fluch als Segen.

Abschliessend noch ein Wort zu unseren bürgerlichen Kolleginnen: In praktisch jeder Budgetdebatte fordert ihr von der Universität Sparbemühungen. Und heute gebt ihr genau dieser Universität den Auftrag, die teuersten aller Studiengänge, die Medizinstudiengänge, auszubauen. Das passt für uns nicht ganz zusammen. Wenn ihr heute diese Motion überweist und damit nach noch mehr Ärztinnen und Ärzten ruft, erwarten wir Grüne, dass ihr in den kommenden Jahren auch die für deren Ausbildung erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel sprecht. Die Erhöhung der Ausbildungsplätze in der Humanmedizin darf für uns Grüne auf gar keinen Fall zulasten aller übrigen, gesamtgesellschaftlich ebenso bedeutsamen Studienplätze gehen. Ihr, die heute die Motion überweist, steht später in der Finanzierungspflicht.

Wir Grüne haben zu dieser Motion deshalb Stimmfreigabe beschlossen. Und erlauben Sie mir noch eine Nebenbemerkung: Ich bitte die Rednerinnen, ihre Interessenbindungen bekannt zu geben. Ich selbst bin Vorsteherin der Abteilung Gesundheit in der Stadt Uster. Danke.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Nach wie vor bilden wir in der Schweiz deutlich weniger Ärztinnen und Ärzte aus, als wir Bedarf haben. Besonders zeigt sich dies beim Hausärztemangel. Laut Studien sind die Schweizer Ärzte im Durchschnitt 55 Jahre alt und in den nächsten zehn Jahren braucht es zur Bestandeswahrung 1000 neue Ärztinnen und Ärzte, sagen Studien. Ärztemangel kann nur mit Personal aus dem

Ausland gedeckt werden, und dies, obwohl es an der Uni Zürich fünfmal mehr Medizinstudienanwärterinnen und -anwärter als Studienplätze gibt.

Wir anerkennen, dass an der UZH die Medizinstudienplätze bereits wiederholt ausgebaut wurden. Wir sind uns auch bewusst, dass eine weitere Erhöhung der Studienplätze teuer ist. Doch nichts zu tun, ist noch teurer. Es ist nicht einzusehen, wieso nichts weiter gegen den Ärztemangel unternommen werden soll, der sich vor allem im Hausarztbereich angesichts des Bevölkerungswachstums und der zunehmenden Teilzeitarbeit noch deutlich verschärfen wird. Die nötigen Ärzte aus dem Ausland anzulocken und dann weiterzubilden, ist teuer und zudem unfair gegenüber deren Herkunftsländern. Die EVP stimmt daher dieser Motion zu.

Esther Straub (SP, Zürich): Karin Fehr, die Interessenbindung: Ich bin eines der wenigen Mitglieder der Kommission, der Gesundheitskommission (*Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit*), die keine vorzuweisen hat.

Die Hoffnung, dass mit der Umsetzung des Sonderprogramms Humanmedizin des Bundes der gravierende Missstand des Ärztinnen- und Ärztemangels bis in drei Jahren behoben sein soll, teilen wir nicht. Es müssen jetzt Massnahmen ergriffen werden. Durch den Mangel steigt der Druck auch immer noch stärker auf die im Arbeitsprozess praktizierenden Ärztinnen und Ärzte und verleidet ihnen den Beruf. Die Aussteigerinnenquote ist hoch. Das ist nicht nachhaltig, die Ausbildung ist ja teuer.

Und von einem Mythos zu sprechen, dass der Ärztemangel ein Mythos sei, finden wir eher ein bisschen zynisch. Also die Überversorgung in bestimmten Bereichen, da gebe ich recht, ist ein Problem, aber das darf nicht gegen den Mangel an Fachpersonen ausgespielt werden. Denn es geht dort um Spezialisierungen, beim Mangel geht es vor allem auch um die Grundversorgung und dort ist es unbestritten, dass es einen grossen Fachkräftemangel gibt. Aber wir beziehen die Fachkräfte eben lieber aus dem Ausland.

Auch die Einwände des Regierungsrates können wir nicht nachvollziehen. Dass der Bedarf geklärt werden müsste, ja, der sollte tatsächlich geklärt werden. Dass es den Umbau von Unterrichtsgebäuden brauche oder dass es fraglich sei, ob die UZH Zugang zu klinischen Ausbildungskapazitäten habe, das lässt sich alles lösen. Das Hauptargument sind aber natürlich eben die Finanzen: Das Schaffen von Studienplätzen ist teuer. Und wie lösen wir das Problem? Wir betreiben weiterhin

Braindrain und lassen uns unsere medizinische Versorgung vom Ausland bezahlen. Das ist ein Missstand und Janine Vannaz hat es gesagt: Es ist erbärmlich. Und wir dürfen glücklich sein, dass Ausländerinnen und Ausländer sich erbarmen und bei uns einsteigen. Also lieber ein Sprachproblem als gar keine Versorgung.

Die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit beantragt ja jetzt einstimmig eine Ausnahme von der Bestimmung, dass ausländische Ärztinnen und Ärzte drei Jahre an einer Schweizer Weiterbildungsstätte im Fachgebiet gearbeitet haben müssen. Also das Grundproblem bleibt: Wir setzen auf das Ausland, holen von dort die teuer ausgebildeten Fachkräfte in die Schweiz, um so unser Problem vor Ort zu lösen. Tun wir es selber! Überweisen Sie bitte die Motion.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Ich gebe gerne meine Interessenbindung bekannt: Mein Hausarzt ist schon über 70. Er betreut mich seit 40 Jahren und er macht das noch mit Freude, aber er findet auch keinen Nachfolger. Ich kann aber auch sagen, dass er noch viel weniger graue oder weisse Haare hat als ich, also er ist noch voll fit.

Nun, es wurde gesagt, der Ärztemangel sei ein Mythos. Und gleichzeitig wurde von derselben Sprecherin auch gesagt, knapp 40 Prozent der Ärzte und Ärztinnen in den Spitälern seien Ausländer und Ausländerinnen. Also das wissen wir ja alle, dass wir zu wenig Leute in diesem Beruf ausbilden und dass wir im Ausland Personal suchen und dass viele mehr diesen Beruf ergreifen oder dieses Studium ergreifen möchten. Also wenn man hier von Mythos spricht, dann muss ich fragen: Wo leben Sie? Das finde ich doch relativ bemerkenswert. Es ist ein Bedarf nach diesem Beruf da, und wir bilden zu wenig Leute aus, deshalb müssen wir Leute im Ausland suchen. Und dann kommt noch etwas ganz anderes hinzu: Es gibt auch einen gewaltigen Wechsel im Berufsbild. Das dient eben auch dazu, dass hier ein grosser Mangel herrscht. Früher war das ein männlicher Beruf. Diese Männer arbeiteten 60 oder 70 Stunden und hatten zu Hause eine Frau, die ihnen den Rücken freihielt und alles organisierte und eventuell, wenn sie Hausärzte waren, noch in der Praxis mithalf. Diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei. Heute ist der Anteil der Frauen unter den Studierenden der Medizin über 50 Prozent und diese sind nicht mehr gewillt, 60 oder 70 Stunden-Wochen zu leisten, und das über Jahre hinweg. Also der Bedarf ist objektiv ausgewiesen.

Und dann noch zu den Kosten: Selbstverständlich kostet das, es ist eine der teuersten Studien, die sich in der Schweiz und im Kanton Zürich anbieten. Ich glaube, nur Zahnmedizin ist noch teurer. Das kostet sehr

viel Geld, man könnte jetzt auch über die Ärztelöhne et cetera sprechen, wir finanzieren da mit sehr viel Geld ein sehr teures Studium, das ist wahr. Aber damit müssen wir rechnen, das bekommen wir nicht zum Nulltarif. Das kostet sehr viel Geld. Aber was wir jetzt machen, ist doch nichts anderes als Neokolonialismus. Wir ziehen Leute aus dem Ausland ab, die dort für teures Geld ausgebildet wurden. Wir können uns die Ausbildungskosten sparen und stellen diese Leute zu unseren hohen schweizerischen Löhnen ein. Das ist Neokolonialismus, und ich glaube nicht, dass die Grünen, die ja Stimmfreigabe beschlossen haben, hinter diesem Neokolonialismus stehen. Deshalb wird die Alternative Liste diese Motion unterstützen, und wir sagen dann aber auch Ja, wenn das viel Geld kostet.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ja, ich möchte das von meinem Vorredner gerade aufnehmen, dieser Neokolonialismus, genau das ist der Grund. Aber ich möchte sagen, den haben wir noch überall, und da möchte ich anknüpfen: Den haben wir nicht nur bei den Ärzten, den haben wir auch bei den Nahrungsmitteln und den haben wir auch ein Stück weit bei der Energie, und genau das ist der Punkt, wieso auch die SVP diesem Postulat zustimmen will. Wir haben genügend Ärzte, aber wir rekrutieren sie aus dem Ausland, wir nehmen sie von irgendwo her. Weil wir genügend gute Löhne bezahlen, haben wir letztendlich in der Schweiz genügend Fachkräfte. Wir rekrutieren diese einfach irgendwo anders, genau gleich, wie wir das Essen von irgendwo anders auf den Teller und zu uns in die Schweiz holen. Das ist genau dasselbe und deshalb ist aber auch der Konsens da, dass ein Mangel herrscht. Das haben wir jetzt von allen Voten gehört. Es ist ein Konsens da, und logischerweise brauchen wir mehr Ärzte, das heisst, wir brauchen mehr Fachkräfte und müssen doch da die Ursache bekämpfen und eben mehr Fachkräfte ausbilden. Die SVP wird deshalb diese Motion unterstützen. Wir sind uns aber bewusst, dass das natürlich nicht die gesamte Gesundheitsproblematik löst. Die Erhöhung der Gesundheitskosten, dieses Problem löst diese Motion nicht, da braucht es weitere Anstrengungen in der gesamten Branche, sie wurden auch schon verschiedentlich genannt. Wir sind uns das ebenfalls bewusst, aber wir wollen es und stehen dazu: Wir brauchen mehr ausgebildete Fachkräfte, auch bei den Ärzten – nicht nur bei den Ärzten, aber auch bei den Ärzten – und deshalb braucht es mehr Studienplätze. Wir wollen nicht nur Fachkräfte importieren und diese jemand anderem wegschnappen und quasi selber keine Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Deshalb unterstützen Sie mit uns diese Motion. Herzlichen Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Nur eine kleine Randbemerkung: Wir haben gerade fast zwei Stunden heute Morgen über Noten geredet (KR-Nr. 69a/2020), über Noten als Selektionsinstrument, und jetzt höre ich hier von bürgerlichen Vertreterinnen, dass sie Leute kennen, die so gerne Medizin studieren würden, aber keinen Studienplatz dafür bekommen haben. Könnte es sein, dass sie vielleicht eben ausgesiebt worden sind, so wie es ganz vielen anderen Menschen in diesem Kanton geht, die mit Noten eine Lehrstelle suchen, aber nicht die geeigneten Noten haben, um diese Lehrstelle zu bekommen? Geschätzte Bürgerliche, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter des Gewerbeverbandes, schaffen Sie doch genauso diese Lehrstellen für diese Menschen, die eine Ausbildung im dualen Bildungssystem möchten, wenn Sie finden, wir müssten auch für die Menschen, die das gerne möchten, die medizinischen Ausbildungsplätze schaffen. Da sehe ich einfach eine gewisse Inkongruenz in ihrer Argumentation.

Und zum anderen: Wir bei den Grünen haben Stimmfreigabe beschlossen, unter anderem auch, weil wir das Problem – eines der vielen Probleme – mit diesen neuen Ausbildungsplätzen nicht lösen. Es ist richtig, ein Teil der Fraktion sieht es tatsächlich so, dass da ein gewisser Bildungs- oder auch Ausbildungskolonialismus betrieben wird, diese Feststellung unterstützen wir, da geben wir Markus Bischoff ganz recht. Zum anderen sehen wir aber auch, dass wir mit mehr Ausbildungsplätzen ein gravierendes Problem nicht lösen: Wir haben zu wenig Hausärzte und zu viele Chirurgen. Und da können Sie so viele Medizinerinnen und Mediziner ausbilden, wie Sie wollen, es wird trotzdem dann wieder zu wenig Hausärzte geben, die einen Schweizer Pass haben oder hier ausgebildet worden sind. Also mit dieser Motion lösen wir dieses Problem nicht. Deshalb herrscht bei den Grünen eine gewisse Skepsis. Ich danke Ihnen.

Josef Widler (Die Mitte, Zürich): Meine Interessenbindung: Ich arbeite seit 34 Jahren als Hausarzt, in den letzten fünf Jahren in einem Teilzeitpensum als angestellter Arzt. Und ich bin Präsident der Zürcher Ärztesgesellschaft und kann Ihnen sagen, dass bei den Neueintritten etwa 30 Prozent mehr als 60 Prozent arbeiten, die anderen arbeiten ein geringeres Pensum.

Nehmen wir an, diese Motion werde heute überwiesen, dann dürfen wir in zwei Jahren den Vorschlag des Regierungsrates entgegennehmen. Nehmen wir an, er werde dann eben gleich in Kraft gesetzt, dann beginnen also die ersten Studierenden. Sie werden während sechs Jahren

studieren – wir haben somit acht Jahre –, dann werden sie während mindestens fünf Jahren in der Weiterbildung sein, jetzt sind wir bei 13 Jahren. Und wenn wir jetzt noch berücksichtigen, dass es sinnvoll wäre, dass die Damen vielleicht schon ein Kind bekommen könnten während dieser Zeit, würde es noch um zwei bis vier Jahre verlängert. Also wenn Sie heute dieser Motion zustimmen, dann lösen Sie das Problem, dass etwa in 14 bis 15 Jahren präsent ist; einfach damit sie sich dieser Tragweite bewusst sind. Was den Hausärztemangel betrifft, hat dieser natürlich auch seine Gründe: Zum ersten ist das eben jener Arzt, der möglichst viel zur Verfügung stehen sollte. Der alte Doktor, den man während sieben Tagen erreichen konnte, der ist ein Auslaufmodell, das gebe ich zu. Aber Sie brauchen dann mindestens zwei Teilzeitärztinnen oder -ärzte, die bereit sind, den Patienten zu betreuen. Also das wird dazukommen. Und Herr Berset (*Bundesrat, Alain Berset, Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern*) hätte es in der Hand, den Beruf des Allgemeinpraktikers besser zu gestalten, indem er endlich den TARDOC (*Ärztetarif*) durchwinken würde, denn dort sind Massnahmen drin, damit die finanziell interessanten Spezialitäten etwas zurückgebunden werden und Mittel frei würden, um die Hausärzte adäquat zu bezahlen. Also die Motion löst unser Problem dann, wenn einige von uns schon Spitem brauchen, deshalb stimmen Sie heute bitte dieser Motion zu.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Josef Widler hat ja die Kurve mit seinem letzten Satz noch gekriegt. Sonst habe ich es nicht ganz verstanden, aber er ist ja Vertreter der Ärzteschaft, und eines kann man nicht sagen: dass die Ärzte schlecht verdienen bei uns, ausser die Hausärzte. Und ich denke, da liegt das Problem. Thomas Forrer, das liegt daran, dass in der Schweiz die Löhne so hoch sind, deshalb kommen aus Deutschland auch alle lieben Kollegen und Kolleginnen von Josef Widler zu uns. Und wir klauen an und für sich mit den guten Löhnen den Deutschen ihre Ärzte und verschlechtern das deutsche Gesundheitssystem. Und da ist nichts naheliegender als was Frau Balmer und Herr Hübscher vorher sagten, dass wir halt unsere Ausbildung, und möge sie noch so lange gehen – ein Arztstudium ist das längste – endlich wieder einmal selber in die Hand nehmen. Und Herr Forrer, wenn Sie für eine 10-Millionen-Schweiz plädieren, dann braucht es halt auch ein paar Ärzte mehr und es braucht sie sogar nur im Verhältnis zu den ausländischen und dieses Verhältnis wird immer schlechter. Jetzt zu den 30 Prozent der Ärzte, die weniger als 60 Prozent Arbeitszeit haben: Da sind wir alle gefordert. Wir müssen endlich einmal schauen,

dass die Krankenkassen und die Krankenversicherung nicht mehr für jeden Blödsinn bezahlen, sondern dass es einen Katalog von Gebrechlichkeiten und von Krankheiten gibt, für welche bezahlt wird, und für den Rest, wie den Po heben, soll es halt nichts geben – und auch nicht für die unentgeltliche Drogenabgabe. Daran liegt es, unser System ist zu teuer, aber das liegt an einem anderen Ort, das diskutieren wir heute nicht mit dieser Motion. Wir müssen das Verhältnis Eigenärzte und ausländische Ärzte zumindest wieder auf ein etwas besseres Niveau bringen. Stimmen Sie dieser Motion zu.

Bettina Balmer-Schiltknecht (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Sehr gerne hole ich meine Interessenbindungen hier nach: Sie sind vielfältig, ja. Ich bin Kinderchirurgin, arbeite in einem 50-Prozent-Pensum am Kinderspital Zürich, das wissen die meisten hier drin sicher. Weiter bin ich im Vorstand Ärztesgesellschaft, Mitglied der FMH, ordentliches Mitglied der Vereinigung Schweizer Kinderchirurgen sowie ausserordentliches Mitglied der Zürcher Kinder- und Jugendärzte.

Und Karin Fehr, ich finde es ja schon interessant, dass ihr vom Fachkräftemangel bei der Pflege spricht – da gebe ich dir absolut recht, das ist ein riesiges Problem –, aber dann wollt ihr einen Mangelberuf durch einen anderen Mangelberuf ersetzen, also quasi den Mangel an Ärzten durch den bereits vorhandenen Mangel an Pflegepersonal. Also dieser Logik kann ich noch nicht ganz folgen, aber das können wir gerne bilateral einmal besprechen.

Und dann auch noch ein Wort zum ebenfalls von dir angesprochenen Sparen bei der Uni. Da möchte ich einfach festhalten: Bei sinnvollen Investitionen sind auch wir von der FDP bereit, eine angemessene Menge an Geld in die Hand zu nehmen. Und es ist tatsächlich auch so, dass man, wie ich in meinem Referat erläutert habe, sekundär ein gewisses Sparpotenzial ortet, wenn man auch eigene Ärzte ausgebildet.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen) spricht zum zweiten Mal: Entschuldigen Sie, ich möchte nur noch ganz kurz Thomas Forrer antworten. Es ist zwar nicht zum Thema, aber trotzdem, er hat die Thematik lanciert, dass wir uns für Ausbildungsplätze, unabhängige Noten einsetzen. Ich möchte nur sagen, Herr Forrer: Wir haben sehr, sehr viele Lehrstellen, die noch nicht besetzt sind auf nächstes Jahr. Sogar dieses Jahr hatten wir nicht das Problem, dass wir keine Ausbildungsplätze haben, sondern wir haben viele offene Lehrstellen. Also schicken Sie Ihre Lernenden oder Ihre Schulabgänger in die Lehrstellen. Wir haben

sehr, sehr viele Lehrstellen in ganz verschiedenen handwerklichen Berufen, die nicht besetzt werden konnten oder auch in diesem Sommer nicht besetzt werden können. Deshalb: Dieses Problem ist bereits gelöst. Danke, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich wähne mich hier wieder einmal in einem Wechselbad und bin nicht ganz sicher, ob mein Vorredner dafür plädiert hat, mehr Handwerker als Ärzte auszubilden. Aber ich glaube, wir diskutieren nicht darüber. Ich erlaube mir drei grundsätzliche Bemerkungen:

Erstens: Der Regierungsrat will selbstverständlich eine bedarfsgerechte Studienplatzplanung in der Medizin. Die Frage ist also nicht, ob, sondern wie wir die Studienplatz- oder die Ärztedichte erhöhen. Zweitens: Mehr Ausbildungsplätze heisst nicht mehr Ärzte am richtigen Ort. Und drittens: Die Motion verlangt eine statische Lösung für ein dynamisches Problem, ich komme darauf zurück.

Es besteht ein allgemeiner gesellschaftlicher und gesundheitspolitischer Konsens, dass die Schweiz nicht genügend Ärztinnen und Ärzte ausbildet. Die Universitäten mit Medizinischen Fakultäten haben deshalb ihre Aufnahmekapazitäten in den letzten Jahren erheblich ausgebaut. Die UZH hat ihre Kapazitäten von ursprünglich 200 Studienplätzen 2008 auf heute 372 Studienplätze erhöht. Die Bedarfsplanung ist von sehr vielschichtigen Faktoren abhängig. Zu berücksichtigen sind die gesellschaftlichen Veränderungen, der rasche technologische Wandel im Gesundheitswesen, neue Berufsbilder im Medizinalbereich, die Neukonzeptionierung von Versorgungsstrukturen, die bedarfsgerechte ärztliche Weiterbildung, Massnahmen zur Vereinbarung von Beruf und Familie und ganz allgemein die Herausforderungen im Bereich der Grundversorgung. Der Ausbau der Aufnahmekapazitäten in Humanmedizin wird deshalb nicht automatisch zu einer Entspannung führen, namentlich auch was die unbestritten notwendige Erhöhung der Anzahl der Hausärztinnen und Hausärzte angeht. Zielführend sind hier curriculare Anpassungen, woran die Medizinische Fakultät derzeit intensiv arbeitet. Angesichts dieser vielschichtigen Faktoren ist die Anknüpfung an eine einmal festgelegte Aufnahmekapazität zu statisch. Das Ziel der Motion, ungeachtet der tatsächlichen Gegebenheiten eine Verdoppelung der letzten Erhöhung der Studienplätze auf Gesetzesstufe zu verankern, steht einer bedarfsgerechten Planung entgegen. Zu berücksichtigen sind auch die notwendigen finanziellen Mittel, es wurde hier schon gesagt, aber offensichtlich spielt Geld nicht mehr eine so grosse Rolle. Ich er-

innere mich dann gerne in der Budgetdebatte daran. Die mit der vorliegenden Motion geforderte Mindesterhöhung von 72 Studienplätzen würde jährlich brutto rund 15,1 Millionen kosten. Hinzu kämen aufgrund des deutlich höheren Ausbildungsvolumens Kosten für die Schaffung zusätzlicher Professuren.

Eine wichtige Grundlage für die hohe Ausbildungsqualität des Medizinstudiums bildet der Unterricht der Studierenden in kleinen Gruppen. Der Unterricht erfolgt in der vorklinischen Ausbildung im Rahmen zahlreicher propädeutischer Praktika und in der klinischen Ausbildung überwiegend am Patientenbett. Dieser Qualitätsansatz setzt den begrenzenden Rahmen. Eine darüberhinausgehende Erhöhung der Zahl der Studienplätze würde die bisherige Ausbildungsqualität gefährden und zudem deutlich mehr Raumressourcen erfordern.

Das Sonderprogramm Humanmedizin des Bundes hat zum Ziel, die Abschlusszahlen in Humanmedizin aller Medizinischen Fakultäten von 850 im Jahr 2014 längerfristig auf 1300 Masterabschlüsse zu erhöhen. Neueste Berechnungen zeigen, dass dieses Ziel bis 2025 mit voraussichtlich jährlich 1350 Abschlüssen noch übertroffen wird. Mit einer Kapazität von 372 Studienplätzen trägt die UZH damit massgeblich zur Erreichung des vom Bund festgelegten Abschlusszieles bei. Aus all diesen Gründen und weil eben tatsächlich auch etwas getan wird, vielleicht einfach nicht so, wie Sie es sich vorstellen, beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat die Motion abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 156 : 7 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 125/2021 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Verschiedenes

Geburtstagsgratulation

Ratspräsidentin Esther Guyer: Als Erstes gratulieren wir jetzt Thomas Marthaler zum Geburtstag. Thomas Marthaler, wir wünschen dir alles Gute, ein schönes Jahr und ganz viele schöne Wanderungen (*Heiterkeit. Anspielung darauf, dass Thomas Marthaler sich in den Frühlingsferien auf einer Wanderung in der Dominikanischen Republik verirrt hatte.*)

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Fraktionserklärung der FDP, SVP und GLP zur unvollständigen Beantwortung der Anfrage KR-Nr. 319/2021 durch Regierungsrätin Jacqueline Fehr

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Ich verlese Ihnen im Namen der FDP, SVP und GLP eine Fraktionserklärung mit dem Titel: «Den Balken im eigenen Auge nicht sehen.»

Am 6. September 2021 wurde eine Anfrage eingereicht zur kurzfristigen Absage des Alba-Festivals, Auflage 2021 und es wurden elf Fragen gestellt. Zehn Fragen wurden beantwortet. Die elfte Frage lautete, ich zitiere: «Erkennt der Regierungsrat die Problematik der Stigmatisierung einer ganzen Bevölkerungsgruppe durch die vom Regierungsrat aufgeführte Argumentation zur Absage? Und wenn ja, was gedenkt der Regierungsrat dagegen zu unternehmen?» Die Anfrage wurde am 1. Dezember 2021 beantwortet. Erstens wusste Regierungsrätin Jacqueline Fehr damals bereits, dass die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus diese Kommunikation als klar diskriminierend einstufte. Und zweitens hätte die Regierungsrätin nachfragen können, wo die Antwort auf ihr zweites Schreiben bleibe. Aber in der regierungsrätlichen Antwort vom 1. Dezember 2021 wurde diese elfte Frage schlicht ignoriert. Sie wurde nicht beantwortet, sie wurde ignoriert.

Dass diese Entschuldigung und Einsicht erst nun nach medialem Druck und somit unfreiwillig erfolgt, hinterlässt einen schalen Nachgeschmack. Und letztlich war es eine Entschuldigung für die kurzfristige Absage gegenüber der Organisation des Alba-Festivals, aber nicht den betroffenen Menschen, denen die Regierungsrätin offensichtlich nicht zutraute, sich an die vom Veranstalter vorgegebene 3G-Regel (*während der Corona-Pandemie Zutritt nur für Personen, die geimpft oder genesen oder negativ getestet sind*) zu halten. Von der Kultur- und Integrationsministerin erwarten wir eine Vorbildfunktion, eine selbstkritische Haltung und, wie von allen Regierungsräten, eine offene und transparente Kommunikation auch zu missliebigen Fragen. Mit dem Entscheid damals im Jahr 2021 und der mangelnden Einsicht bis heute nimmt Regierungsrätin Jacqueline Fehr eine grosse und ganze Bevölkerungsgruppe nicht ernst und wird der zu erwartenden Vorbildfunktion im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung nicht gerecht.

Mit der lausigen Beantwortung der Fragen, dem Ignorieren der zentralen Frage 11 und der intransparenten Kommunikation zum Prozess und zur Einschätzung der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus

nimmt die Regierungsrätin Jacqueline Fehr auch das Parlament des Kantons Zürich nicht ernst. Nach der Festschrift zur Pensionierung eines Kurzzeitamtschefs (*Hans-Jürg Patzen*) und den Wahlkampagnen auf Staatskosten ist das ein weiterer unrühmlicher Meilenstein. Das gesamte Verhalten in dieser Angelegenheit ist einer Regierungsrätin nicht würdig. Besten Dank.

Fraktionserklärung der AL zur Beurteilung der Absage des Alba-Festivals 2021 durch Regierungsrätin Jacqueline Fehr

Nicole Wyss (AL, Zürich): Ich verlese eine Fraktionserklärung der Alternativen Liste:

Vor einem Jahr habe ich in einer Fraktionserklärung darauf hingewiesen, dass die kurzfristige Absage des Alba-Festivals durch den Regierungsrat ausgrenzend gegenüber einer Bevölkerungsgruppe sei. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus hat ebenfalls festgestellt, dass diese kurzfristige Absage diskriminierend gegenüber einem Teil der Bevölkerung sei.

Wir erwarten, dass die zuständige Regierungsrätin diese Stellungnahme akzeptiert und sich entschuldigt. Zur Akzeptanz gehören auch Taten und nicht nur Worte. Deshalb hat die Regierung eine volle Entschädigung für den entstandenen Schaden der Organisation zu leisten. Auch dies haben wir bereits vor einem Jahr gefordert. Besten Dank.

Rücktrittserklärungen

Rücktritt als Ersatzmitglied des Verwaltungsgerichts von Franz Kessler Coendet, Männedorf

Ratspräsidentin Esther Guyer: Es liegt ein Rücktrittsgesuch vor. Ersatzrichter am Verwaltungsgericht, Franz Kessler Coendet, Männedorf, ersucht um vorzeitigen Rücktritt. Gestützt auf Paragraph 35 und folgende des Gesetzes über die politischen Rechte hat der Kantonsrat über dieses Rücktrittsgesuch zu entscheiden. Ich gehe davon aus, dass Sie mit dem Rücktritt einverstanden sind. Das ist der Fall. Der Rücktritt per 30. Dezember 2022 ist somit genehmigt.

Traktandierung der nächsten Sitzung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Nun, angesichts ihrer Redefreudigkeit von heute Morgen traue ich mich nicht mehr, das nächste Postulat in Angriff zu nehmen. Wir schliessen die Sitzung, aber zuerst noch eine Nachricht: Das Postulat Nummer 196/2022 wird am 11. Juli 2022 am

Morgen behandelt. Sie haben es schon in Ihrer Post von letzter Woche gehabt.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Verweigerung der Genehmigung legaler Sexarbeit für Ukraineerinnen mit S-Bewilligung**
Anfrage *Valentin Landmann (SVP, Zürich), Roland Scheck (SVP, Zürich)*
- **Warum ist die Verurteilungsquote im Kanton Zürich bei Vergewaltigungen derart tief?**
Anfrage *Nina Fehr Düsel (SVP, Küsnacht), Martin Huber (FDP, Neftenbach), Christoph Marty (SVP, Zürich)*
- **Entwicklung des gewalttätigen Extremismus im Kanton Zürich**
Anfrage *Daniel Wäfler (SVP, Gossau), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen)*
- **Investitionen der AXPO in die Versorgungssicherheit**
Anfrage *Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), Franziska Barmettler (GLP, Zürich)*

Rückzug

- **Kitas sind systemrelevant**
Postulat *Monika Wicki (SP, Zürich), Sylvie Matter (SP, Zürich), Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil)*, KR-Nr. 150/2021, RRB-Nr. 896/25. August 2021

Schluss der Sitzung: 11.45 Uhr

Zürich, den 4. Juli 2022

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 22. August 2022.